







Demokratie in Gefahr?Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation



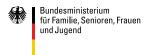


Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00 Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de www.adb.de

Der AdB wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes.



© AdB Berlin, 2017

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Rechtspopulismus ist nicht eine Herausforderung neben zahlreichen weiteren für die Demokratie, sondern er ist, weil er die Demokratie von innen heraus zu entkernen droht, eine deutliche Gefahr für diese und für die demokratische Kultur der Gesellschaft. Von innen heraus, weil er grundlegende demokratische Werte in Frage stellt, bewusst mit demokratischen Kultur- und Tabubrüchen provoziert, gesellschaftliche Homogenitätsvorstellungen mit aktiven Ausgrenzungsprozessen verbindet, Feindbilder und Ängste kultiviert, aber auch anschlussfähig ist an kontroverse politische, an alltagsweltliche Themen. Für die politische Bildung ergeben sich daraus zwar im Grundsatz nicht gänzlich neue Herausforderungen und Handlungsfelder, aber sie fordern die politische Bildung und die in diesem Feld tätigen Akteure und Einrichtungen in grundsätzlicher Form anders heraus.

Politische Bildung, so schreiben Beate Rosenzweig und Ulrich Eith in dieser Broschüre, hat in einer Zeit, in der die Aufregung oftmals mehr Einfluss hat als die besonnene Analyse und Reaktion, nicht die Aufgabe "Reparaturbetrieb für schlechte Politik oder entstehende Repräsentationsdefizite" zu sein, "sie kann und sollte aber die Bürgerinnen und Bürger befähigen, die Komplexität politischer Prozesse zu durchschauen (...) und vor allem Orte und Gelegenheiten schaffen, wo die argumentative politische Auseinandersetzung mit Respekt vor anderen Meinungen und Positionen immer wieder eingeübt und trainiert werden kann." "Bildung zur Mündigkeit", Kernauftrag der politischen Bildung, hat hier im Sinne Theodor W. Adornos die Aufgabe, sich bildend und handelnd mit den demokratiegefährdenden Potenzialen des Rechtspopulismus auseinanderzusetzen, aber auch jene politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Prozesse zu kritisieren, die diese Entwicklungen ermöglichen bzw. un-

Mit ihrer Stellungnahme zum Jahresthema 2017 "Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation" haben sich der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitgliedseinrichtungen eindeutig und engagiert für eine kritische Auseinandersetzung mit und für eine deutliche Positionierung gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgesprochen. Politische Bildung hat, so die Botschaft des Papiers, die Aufgabe, den hohen Stellenwert unserer Demokratie zu vermitteln, sie gemeinsam mit anderen zu schützen und Räume für den demokratischen Diskurs bereitzustellen. Dazu gehört es, allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich mit der eigenen Haltung und der anderer Menschen auseinanderzusetzen und diese zu reflektieren.

In welcher Weise das in diesem Themenjahr gelungen ist, machen u.a. die verschiedenen Praxisbeispiele in dieser Broschüre sichtbar. In das komplexe und vielfältige Thema wird aber zunächst durch drei spannende und grundlegende Texte eingeführt. Dafür konnten vier Autorinnen und Autoren gewonnen werden, die mit Fachwissen und analytischer Schärfe die aktuellen Herausforderungen beschreiben, die einen Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus werfen und deutlich machen, wo die vordringlichsten Aufgaben liegen. Herzlichen Dank dafür.

Wir bedanken uns auch bei den Mitgliedseinrichtungen, die uns ein Praxisbeispiel für diese Broschüre zur Verfügung gestellt haben. Unser besonderer Dank gilt dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Förderung dieser wichtigen Bildungsarbeit.

Mit dem Ablauf des Jahres ist das Engagement der politischen Bildnerinnen und Bildner für die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und der Krise der politischen Repräsentation natürlich nicht vorbei. Die Gefährdung der demokratischen Ordnung und Kultur durch Rechtspopulismus, Hass und Gewalt ist weder durch Jahresthemen, Sondermittel, medienwirksame Medienauftritte, anlassbezogene sonntagspolitische Reden zur Bedeutung politischer Bildung oder mit ausbleibenden Wahlerfolgen entsprechender Parteien gebannt, sie dringt vielmehr immer weiter in den Alltag und auch den innersten Politikbetrieb ein. Die politische Bildung wird sich zusammen mit allen demokratischen Kräften weiterhin und kontinuierlich diesen Herausforderungen auf allen Ebenen stellen müssen und hierfür geeignete Zugänge entwickeln. Gerade und erst recht mit deutlicher Stimme auch dann, wenn die Normalität des Faktischen den Raum ergreift.



Ulrich Ballhausen Vorsitzender des AdB



Inhalt

AdB-Jahresthema 2017

Demokratie in Gefahr?

Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation

AdB-Jahresthema 2017

6 Demokratie in Gefahr?

Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation Eine Einführung

- 9 AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2017
- 12 Belebende Kritik oder Abgesang des Demokratischen?

Zur aktuellen Debatte um die Krise der Demokratie *Beate Rosenzweig und Ulrich Eith*

17 Wer ist das Volk?

Rechtspopulismus und Demokratie Simon T. Franzmann

21 Shrinking, Closing, No Space

Zivilgesellschaft unter Druck Barbara Unmüßig



Praxisberichte

24 Argumentationstraining gegen rechte Parolen Politische Bildung für alle Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.

27 Wir wollen die rechten Gehirnhälften erreichen! Das Projekt #denk_net Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH

30 "Alles Leben ist Begegnung"

Demokratie und Zivilgesellschaft im internationalen Kontext Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk – "Der Heiligenhof"

33 CHANGING THE CHANGE

Gegen die Windmühlen anrennen oder kleine Inseln der Demokratie schaffen? Soziale Bildung e. V.

36 Bildkorrektur – Stereotype über Geflüchtete auseinandernehmen

Ein Workshop zur Bedeutung vom "Sprechen über ..." $Vogelsang\ IP\ gGmbH$

39 Welcome2Stay!

Die "Gesellschaft der Vielen" sichtbarmachen, ermutigen, vernetzen Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Anhang

42 Literaturauswahl zum Thema und zitierte Quellen

44 Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten – Ein Überblick

Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation

Eine Einführung



Patrick Siegele, Anne Frank Zentrum e.V., während der AdB-Fachtagung zum Jahresthema



Die politische Landschaft verändert sich – in Deutschland, in Europa, in der Welt. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie schnell demokratische Strukturen durch Polarisierung und rechtspopulistisches Agieren erschüttert und die Legitimität demokratischer Entscheidungen und Instanzen in Frage gestellt werden können. Diese Entwicklungen haben die politische Kultur in vielerlei Hinsicht zum Negativen verändert. Offen als rechtsextrem erkennbare Einstellungen und Gruppen werden stärker und lauter – ja scheinbar salonfähig.

Diese Entwicklungen nahm der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) zum Anlass, den Schwerpunkt seiner Arbeit im Jahr 2017 auf das Thema "Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation" zu legen. Viele Veranstaltungen zu diesem Thema, Aktivitäten und Projekte der Mitgliedseinrichtungen und des Verbandes insgesamt prägten das Themenjahr. Mit seiner Stellungnahme, die bei der Mitgliederversammlung im November 2016 verabschiedet wurde und die auch in dieser Broschüre nachzulesen ist (S. 9), gab der AdB die Richtung für sein Engagement in diesem Jahr, aber auch darüber hinaus, vor: gegen antidemokratische und menschenfeindliche Agitation angehen, sich für eine demokratische und offene Gesellschaft einsetzen, demokratische Grundprinzipien und die Menschenrechte stärken und die Menschen zu einer aktiven Teilhabe befähigen.

Den Auftakt für die Aktivitäten markierte die AdB-Fachtagung zum Jahresthema, die im November 2016 im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho mit über siebzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfand. Mit seiner Eröffnungsrede setzte der Vorsitzende des AdB-Vorstands, Ulrich Ballhausen, klare Wegmarken: Er betonte die Dringlichkeit, sich als Träger und Einrichtung politischer Bildung und damit als zivilgesellschaftlicher Akteur stärker in die politischen Debatten einzubringen und den rechtspopulistischen Stimmen etwas entgegenzusetzen. Schon heute bestimmen Rechtspopulisten in Parlamenten, Ausschüssen und Gremien die Diskussionen mit und entscheiden damit auch über die Ausstattung und Gestaltung politischer Bildung. Hier bedarf es anderer Auseinandersetzungsformen als bisher und es bedarf klarer Positionen. Dafür Orientierung und Motivation zu geben sei, so der Vorsitzende, ein zentrales Ziel des Jahresthemas und damit auch der Fachtagung.

Mit seinem Eröffnungsvortrag nahm Professor Dr. Achim Schröder, Jugend- und Bildungsforscher († 2017), anhand von fünf Thesen das schwindende Vertrauen in das politische System und die strukturelle Krise der repräsentativen Demokratie, die sich in der hohen Zahl der Nichtwähler/-innen und der sinkenden Zahl von Parteimitgliedern manifestiert, in den Blick. Er beschrieb die steigende soziale Ungleichheit, die durch eine "neoliberale Komplizenschaft" (Nachtwey) abgesichert werde. Er betonte die Rolle der Familie bei der Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und die Relevanz von Emotionen in der Politik und für die politische Willensbildung, die einerseits vielfach unterschätzt und andererseits mit einem Sprung ins "Postfaktische" auf den Kopf gestellt werde (vgl. dazu auch Schröder 2017).¹

Alle in dieser Broschüre genutzten Quellen befinden sich in einer Literaturliste auf den Seiten 42 und 43.

Dr. Marcel Lewandowsky von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg wandte sich mit einem Vortrag zum Thema "Wer ist das Volk? Rechtspopulismus und Demokratie" an die Teilnehmenden und half, mit seinem präzisen Einblick in die unterschiedlichen Lesarten von Rechtspopulismus, Rechtextremismus und in die jeweiligen Abgrenzungsmechanismen die Begriffe zu ordnen und die dahinterliegenden Konzepte zu verstehen (vgl. dazu auch Decker/Lewandowsky 2017). Der Referent beschrieb den Rechtspopulismus als identitäres Demokratieverständnis, das als Stilmittel, aber auch als (Partei)Ideologie genutzt werde. Demokratie, so Lewandowsky, beruhe auf zwei Säulen: Die demokratische Säule garantiere die Volkssouveränität und das Majoritätsprinzip, die verfassungsstaatliche Säule stehe für die rechtsstaatliche Einhegung der Volkssouveränität. Populismus berufe sich allein auf die Volkssouveränität: "Das Volk" sei Träger der Legitimation. Die rechtsstaatliche Einhegung der Volkssouveränität, die für den Erhalt der Demokratie unerlässlich ist, werde abgelehnt. Rechtspopulismus als Stilmittel geriere sich als "Bewegung", die vor allem über eine charismatische Führungspersönlichkeit gewinnt. Institutionell verlange der Populismus die ungeteilte Souveränität des Volkes, mit Blick auf die politischen Prozesse eine autoritäre Umsetzung des Mehrheitswillens. Das identitäre Demokratieverständnis zeige sich in der Betonung der eigenen (kulturellen) Identität, im Bedrohungsszenario von außen ("Überfremdung") und von innen (Erosion traditioneller Lebensweisen), in der (Wieder)Herstellung von Identität als Staatsaufgabe, im Wohlfahrtschauvinismus, im Nativismus und Rechtspopulismus.

In den vielen auf der Homepage des AdB zusammengetragenen Veranstaltungen der AdB-Mitgliedseinrichtungen, aber auch in den während der Fachtagung realisierten Workshops wird deutlich, mit welch vielfältiger Praxis die Einrichtungen politischer Bildung auf die rechtspopulistischen Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Strukturen reagieren können, wie die politische Bildung mit "besorgten" Bürgerinnen und Bürgern gelingt, welche Strategien des Umgangs mit Rechtspopulisten in Gremien und Parlamenten möglich sind und wo die damit verbundenen aktuellen Herausforderungen für die politische Bildung liegen. Dieser Blick auf die Praxis politischer Bildung soll auch durch diese Broschüre noch einmal geschärft werden: Mit sechs Praxisbeispielen werden unterschiedliche Zugänge, Ideen, Konzepte und Methoden vorgestellt. Die Beispiele sind sowohl im Feld der politischen Jugendbildung als auch in der Erwachsenenbildung angesiedelt.

Den Praxisbeispielen voraus gehen drei Beiträge, die das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven fokussieren: Dr. Beate Rosenzweig und Professor Dr. Ulrich Eith vom Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., skizzieren in ihrem Beitrag mit dem Titel "Belebende Kritik oder Abgesang des Demokratischen?" die aktuelle Debatte um die Krise der Demokratie. Sie plädieren dafür, diese Debatte als Ausgangspunkt für eine Krisenbewältigung durch mehr Demokratie zu begreifen.

Professor Dr. Simon T. Franzmann, tätig an der Ludwig-Maximilians Universität München und am Institut für Sozialwissenschaften – Vergleichende Politikwissenschaft, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, skizziert in seinem Beitrag "Wer ist das Volk? Rechtspopulismus und Demokratie" die verschiedenen Spielarten des Rechtspopulismus und den Politikbegriff des Populismus.

Shrinking, Closing, No Space – das ist die von Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, beschriebene und beunruhigende Entwicklung in verschiedenen Ländern dieser Welt, in denen die Zivilgesellschaft immer weiter unter Druck gerät. Immer mehr Regierungen gehen gegen zivilgesellschaftliche Kräfte vor und schränken die Spielräume ein bzw. verhindern jegliches Engagement. Es ist dringend notwendig, so die Autorin, Strategien zu entwickeln, mit denen die Menschenrechte und die demokratischen Prinzipien verteidigt werden können.

Mit einem Diskussionsbeitrag während der AdB-Fachtagung machte auch Gina Ebner, Generalsekretärin der European Association for the Education of Adults (EAEA) in Brüssel deutlich, wie bereits in Europa der Druck auf die Zivilgesellschaft steigt. Sie gab einen Einblick in europäische (Aushandlungs-)Prozesse und machte deutlich, wie wichtig das Engagement der Zivilgesellschaft sei, z. B. wenn es durch sie gelingt, die Transparenz in der EU durch die Einführung eines Transparenzregisters zu erhöhen. Aus Sicht der Referentin hat die politische Bildung im Sinne von Demokratiebildung in der letzten Zeit eine deutliche Höherbewertung erfahren. Die Referentin ermutigte die politischen Bildner/innen, auf die EU-Parlamentarier zuzugehen, das Gespräch zu suchen, mit kurzen Texten auf wichtige Themen aufmerksam zu machen, Hintergrundinformationen weiterzugeben und gute Beispiele zu beschreiben und sichtbar zu machen.

Die Beschäftigung mit diesem großen (Jahres)Thema kann nicht nach einem Jahr enden. Daher schließt das AdB-Jahresthema 2018 unmittelbar an die Diskussionen in 2017 an: Mit dem Thema Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und "alternativen Fakten" können die Fragen bearbeitet werden, die auch am Ende der Fachtagung benannt wurden: Was bedeutet der Rückzug in irrationale Argumentationen und die Rolle der Emotionen bei politischen Entscheidungen für die politische Bildungsarbeit? Wie kann politische Bildung der doppelten Abgrenzung (vertikal und horizontal) von Rechtspopulisten entgegenwirken? Und: Welche Strategien greifen bei Rechtspopulisten, die – anders als Rechtsextremisten – nicht per se mit Nicht- oder Antidemokraten gleichzusetzen sind?

Bei allen Diskussionen in diesem Jahr ging es immer auch um das Verständnis von und die Aufgaben der politischen Bildung, also um das Professionsverständnis: Wen sollte oder wen will die politische Bildung erreichen? In welchem Verhältnis steht die politische Intervention zur politischen Bildung? Hier mehr Klarheit zu gewinnen, ist eine Daueraufgabe für die politische Bildung und wird die politischen Bildner/-innen im AdB auch in Zukunft beschäftigen.

"Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation"



Rege Diskussionen während der AdB-Fachtagung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) setzt sich für eine demokratische Gesellschaft ein, die sich durch eine Vielzahl von Interessen und eine Pluralität von Werten, durch die Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen und politischen Überzeugungen auszeichnet. Diese verschiedenen Interessen miteinander in einen Austausch zu bringen, Kompromisse zu finden und Konflikte zu regulieren ist die Kernaufgabe der repräsentativen Demokratie. Es hat sich jedoch gezeigt, wie leicht demokratische Strukturen durch Polarisierung und rechtspopulistisches Agieren erschüttert und die Legitimität demokratischer Entscheidungen und Instanzen in Frage gestellt werden können. Diese Entwicklung hat die politische Kultur negativ verändert und zum Erstarken von offen als rechtsextrem erkennbaren Einstellungen und Gruppen geführt.

Krise der politischen Repräsentation

In der Wahrnehmung vieler hat sich eine Distanz herausgebildet zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Eliten. Die Gründe dafür sind vielschichtig und komplex.

Sie liegen vor allem in der sozialen Spaltung und in gesellschaftlichen Exklusionsprozessen, die dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zuwider laufen. Sie sind zudem in der abnehmenden gesellschaftlichen Bindungs- und Integrationskraft von Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften zu finden sowie in der sinkenden Bereitschaft, sich langfristig politisch zu engagieren. Sie liegen in der Transformation des öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozesses durch die digitalen Medien und nicht zuletzt sind sie eine Folge der Globalisierung, die politischen Regelungsbedarf in supranationale Institutionen verlagert hat, ohne dass diese über eine direkte demokratische Legitimation verfügen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck gewonnen, dass sich Politik und politisch Verantwortliche von ihrer Lebenswelt entfernt haben und sich um ihre Belange nicht kümmern. Der eigene Einfluss auf Politik wird als gering eingeschätzt, die eigene politische Beteiligung z. B. durch die Ausübung des Wahlrechts zunehmend als wirkungslos angesehen. Dieses Gefühl der Entfremdung und Überforderung nutzen Rechtspopulisten.



Rechtspopulismus im Aufschwung

Rechtspopulisten, die z.B. als Rednerinnen und Redner auf den Kundgebungen der Pegida-Bewegung auftauchen oder eine ideologische Heimat in der Partei "Alternative für Deutschland" gefunden haben, stellen vermeintlich einfache Fragen und geben Antworten, die die Komplexität der Sachverhalte ausblenden. Sie bedienen sich eines simplen Weltbildes von "unten" und "oben", das dazu dient, die Legitimität der repräsentativen Demokratie zu bestreiten. Ihre propagierte Fiktion eines homogenen "wir" wertet alle anderen, die nicht diesem "wir" angehören, ab. Damit verbunden sind ein autoritäres Demokratieverständnis und die Ausgrenzung anderer: Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder Religion, aber auch derjenigen, die politische Verantwortung tragen, die in den Medien tätig sind oder die sich (ehrenamtlich) um Geflüchtete kümmern. Rechtspopulismus setzt auf Nationalisierung, Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer und ökonomischer Probleme. Er ist antipluralistisch, diskriminierend und rassistisch und damit unvereinbar mit demokratischen Werten.

Erhalt der demokratischen politischen Kultur

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitglieder positionieren sich eindeutig und engagiert gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Stellenwert der Demokratie zu vermitteln und Räume für den demokratischen Diskurs bereitzustellen, in denen Menschen ihre eigene Haltung reflektieren und sich mit anderen Positionen konstruktiv auseinandersetzen können. Im Hinblick auf den aktuellen Rechtspopulismus und die Bedrohung der repräsentativen Demokratie sehen sie ihre Aufgabe insbesondere darin,

- Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, die antidemokratischen und menschenfeindlichen Potenziale rechtspopulistischer Agitation on- wie offline zu erkennen, aufzudecken und dagegen vorzugehen;
- der Themensetzung der Rechtspopulisten entgegenzutreten. Dazu gehört, Begriffe, die z. B. nationalsozialistisch belegt sind, als solche zu benennen und nicht zu übernehmen, damit sie nicht Teil des öffentlichen Diskurses werden.
- den untrennbaren Zusammenhang zwischen freien Medien und einer demokratischen, offenen Gesellschaft aufzuzeigen und die unverzichtbare Rolle der Medien in der Demokratie zu vermitteln;
- demokratische Grundprinzipien wie Dialogbereitschaft, Gleichwertigkeit, Gewaltfreiheit und Anerkennung der Menschenrechte zu stärken;
- Partizipationsmöglichkeiten an Politik und Gesellschaft aufzuzeigen, Kompetenzen zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung zu vermitteln und die Motivation zur Mitwirkung zu stärken – gerade auch bei denjenigen, die sich abgehängt und ausgeschlossen fühlen.



Dr. Marcel Lewandowsky von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg während seines Vortrags

Gesellschaftspolitische Aufgaben

Politische Bildung braucht zur Umsetzung ihrer Ziele die Unterstützung und Wertschätzung der Politik. Es muss politischer Konsens sein, dass die außerschulische politische Bildung unabdingbarer Bestandteil der Bildung jugendlicher und erwachsener Menschen ist.

Im Hinblick auf den erstarkten Rechtspopulismus und die Bedrohung der repräsentativen Demokratie sehen der AdB und seine Mitglieder die Aufgaben der politisch Verantwortlichen insbesondere darin,

- bürgernahe Beteiligungsformen zu entwickeln und zu fördern, die es allen Menschen ermöglichen, ihre Anliegen und Interessen einzubringen und Gehör zu finden;
- dem durch Rechtspopulisten propagierten Gegensatz von "wir" und "die anderen" entgegenzutreten mit dem Ziel, alle in die Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens einzubeziehen;
- sich für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen einzusetzen, da diese eine Scharnierfunktion einnehmen und sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern als auch Interessen und Anliegen der Gesellschaft an Politik weiterleiten;
- sich mit den von rechtspopulistischer Agitation und rechtsextremer Gewalt Betroffenen solidarisch zu zeigen und sie zu schützen.

Mehr denn je gilt, dass Demokratien aufgeklärte Demokratinnen und Demokraten brauchen und dass Demokratie immer wieder (neu) gelernt werden muss. Diese Daueraufgabe kann nur im Zusammenspiel von Politik und politischer Bildung erfolgreich wahrgenommen werden. Die Träger und Einrichtungen politischer Bildung im AdB qualifizieren und motivieren Menschen, ihren Alltag – egal ob in Familie, Freizeit, Schule oder Arbeitswelt – demokratisch zu gestalten. Die politisch Verantwortlichen müssen dauerhaft die Beteiligungsrechte und -möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an einer transparenten und dem Gemeinwohl dienenden Politik stärken, um die Partizipation aller als demokratische Grundvoraussetzung zu garantieren.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des AdB am 24.11.2016 in Vlotho

Belebende Kritik oder Abgesang des Demokratischen?

Zur aktuellen Debatte um die Krise der Demokratie

Von Beate Rosenzweig und Ulrich Eith, Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.

Die gegenwärtige Kritik am Zustand der westlichen Demokratie ist an Schärfe kaum zu überbieten. Angesichts der aktuellen Zugewinne populistischer Parteien in Europa, der Wahl von Donald Trump, der zunehmenden Autokratisierung Russlands und der Türkei – um nur einige Entwicklungen zu nennen – ist von einer "Krise der Demokratie" (vgl. Merkel 2016; Schröder 2017) und von zunehmender Demokratieverdrossenheit größerer Teile der Bevölkerung die Rede. Die Vorwürfe treffen die gewählten Repräsentanten ebenso wie die Verfahren der politischen Entscheidungsfindung und deren Ergebnisse. Der Begriff der "Postdemokratie", mit dem der amerikanische Politikwissenschaftler Colin Crouch bereits 2004 seine Kritik an der repräsentativen Demokratie auf den Punkt brachte, prägt mittlerweile große Teile der öffentlichen und veröffentlichten Meinung.

Die Frage, wie die Krisendiagnosen für das westliche Demokratiemodell genau aussehen, welche Verfahren und Abläufe des demokratischen Regierens hierbei jeweils als zentral angesehen werden und welche Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten sich aus den jeweiligen Perspektiven für die praktische Politik und die politische Bildung ableiten lassen, gilt es allerdings differenzierter zu betrachten. Allzu oft mündet die allgegenwärtige Rede von der Krise der Demokratie zugleich in einen Abgesang der repräsentativen Demokratie (vgl. Hardt/Negri 2012). Nachfolgend plädieren wir hingegen dafür, die aktuelle Debatte um die Krise der Demokratie als Ausgangspunkt für eine Krisenbewältigung durch mehr Demokratie - insbesondere durch eine Revitalisierung der demokratischen Auseinandersetzung – zu begreifen. Im Folgenden werden wir zunächst die aktuellen demokratietheoretischen Diagnosen nachzeichnen. Im zweiten Teil richten wir den Blick auf die aktuelle Stimmungslage in Deutschland kurz vor der Bundestagswahl 2017.

Aus einer ideengeschichtlichen Perspektive betrachtet ist die Rede von der Krise der Demokratie so alt wie die Demokratie selbst."

I. Aktuelle demokratietheoretische Diagnosen

Aus einer ideengeschichtlichen Perspektive betrachtet ist die Rede von der Krise der Demokratie so alt wie die Demokratie selbst (vgl. Merkel 2016). Warnten vormoderne Kritiker – noch mit einem negativ konnotierten Demokratiebegriff - v. a. vor innergesellschaftlichen Konflikten, fehlender Ordnung sowie dem Eigennutz und der mangelnden Verlässlichkeit einer Herrschaft einer Mehrheit der (männlichen) Armen, so zeichnen sich neuzeitliche Kritiken an der Demokratie durch ihre Ambivalenz aus: Trotz anhaltenden Krisen- und Kritikdebatten lässt sich ein zunehmend positives Verständnis des Begriffs der Demokratie festhalten. Der Begriff der Demokratie dient heute einerseits als legitimatorische Selbstbeschreibung, als ein Label mit globaler Popularität (vgl. Buchstein/ Jörke 2003, S. 472 f.). Alles und jeder, so Wendy Brown, mache ihn sich zu Eigen und drücke mit ihm seine Hoffnungen aus (vgl. Brown 2011, S. 44 f.). Andererseits verweist der Begriff der Demokratie als "Herrschaft des Volkes" immer schon auf das bis heute uneingelöste Versprechen von individueller Freiheit und gleicher Teilhabe bzw. das Spannungsverhältnis von normativen Erwartungen und realer Politik. Der Begriff der Demokratie ist damit zunächst eine "leere Form" (Brown 2015, S. 251) bzw. ein "umkämpfter Begriff" (Buchstein/Jörke 2003, S. 470), für den es vor dem Hintergrund sich verändernder politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen immer wieder neu zu streiten gilt.

Mit der gängigen idealtypischen Unterscheidung zwischen liberal-repräsentativen, partizipativen und deliberativen Demokratiekonzeptionen gehen unterschiedliche Ansatzpunkte für Kritik an der demokratischen Politik bis hin zu möglichen Krisenszenarien einher. So erscheint im Rahmen liberal-repräsentativer Demokratiemodelle das Problem der Abgabe von Handlungsautonomie an gewählte Repräsentanten weit weniger bedenklich als etwa ein Vertrauensverlust in die politischen Eliten und Institutionen, die Infragestellung ihrer Responsivität oder eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Qualität bzw. den Ergebnissen politischer Entscheidungen. Demokratie beschränkt sich demnach im Wesentlichen auf die Stimmabgabe bei Wahlen, die Wahl und Abwahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten und die Generierung von Output-Legitimation durch effektives politisches Entscheiden. Neuere Lesarten der repräsentativen Demokratie begründen deren Bedeutung und Notwendigkeit mit der zunehmenden Komplexität und der Transnationalisierung politischer Entscheidungen. Repräsentative Entscheidungsverfahren erscheinen hier nicht nur als Voraussetzung für eine effektive Krisenbewältigung, sondern auch als zentraler Ausdruck der politischen Gleichheit und demokratischen Freiheit (vgl. Thaa 2008, S. 618 ff.). Die immer wieder beklagte Differenz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten stellt aus Sicht dieses Demokratieverständnisses den zentralen Ausgangspunkt für die demokratische Meinungs- und Willensbildung dar. Statt von der idealistischen Vorstellung einer Identitätsbeziehung von Repräsentanten und Repräsentierten auszugehen, gelte es vielmehr, die sich ständig verändernden Differenzbeziehungen immer wieder neu auszuhandeln. Repräsentation findet somit nicht nur im Rahmen der allgemeinen, gleichen und turnusmäßig stattfindenden Wahlen statt, sondern in einem andauernden Prozess politischer Meinungsbildung (vgl. ebd., S. 628 ff.).

Aus Sicht partizipativer Demokratiekonzepte hingegen bleibt die repräsentative Form der Demokratie mager und mündet vor allem auch deshalb in krisenhafte Zustände, weil sie unweigerlich zu einer Entmachtung und zu Ohnmachtsgefühlen der Bürger/-innen führt. Darüber hinaus werden die soziale Selektivität der mehrheitlich aus ressourcenstarken gesellschaftlichen Schichten rekrutierten Repräsentanten, die mangelnde Transparenz politischer Entscheidungsfindung und die informelle Einflussnahme starker Interessengruppen als grundlegende Kritikpunkte in den Vordergrund gerückt. Für Colin Crouch etwa liegt das zentrale Problem der gegenwärtigen westlich-repräsentativen Demokratie vor allem in der inneren Delegitimierung und der Entnormativierung. Für ihn beschränkt sich die demokratische Legitimation in der repräsentativen Demokratie mittlerweile auf medial inszenierte und elitär bestimmte Formen der politischen Partizipation, bei denen die Bürgerschaft auf die Rolle formaldemokratischer Mehrheitsbeschaffung beschränkt wird. Diese elitäre Verkürzung des Demokratischen führe zu einer Entpolitisierung von oben und zu einer Instrumentalisierung demokratischer Entscheidungsstrukturen zugunsten starker (ökonomischer) Interessen (vgl. Crouch 2008, S. 10 ff.). Eine ähnliche Krisendiagnose der repräsentativen Demokratie haben in jüngster Zeit auch Antonio Negri und Michael Hardt vorgelegt. Für sie erscheint die repräsentative Demokratie als ein "Widerspruch in sich", als ein "moderner Mythos", der die Bürger zum "bloßen Spielball der Macht" deklassiert (Hardt/Negri 2012, S. 35).

Als Antwort auf diese Kritik setzen partizipative Demokratiemodelle auf ein größeres Maß an politischer Selbstregierung der Bürger/-innen, auf neue Formen politischer Beteiligung, welche zu einer verstärkten Input-Legitimation demokratischer Systeme führen sollen. Nicht nur auf kommunaler Ebene werden neue Verfahren der Bürgerbeteiligung und direkten Entscheidung als ein Ausweg aus der in aktuellen Umfragen immer wieder dokumentierten "Politikverdrossenheit" angesehen (vgl. Vetter/Geyer/Eith 2015). Auch auf nationaler und supranationaler Ebene erscheinen Bürger- und Volksentscheide als ein wirksames Mittel für eine notwendige Revitalisierung der Demokratie. Das hiermit verbundene normative Ideal einer aktiven, am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess direkt beteiligten Bürgerschaft findet jedoch – wie empirische Analysen von direkten Beteiligungsverfahren immer wieder zeigen – in der politischen Praxis keine einfache Entsprechung. Die politische Aktivierung und direkte Beteiligung gelingt bis heute vor allem bei den gut gebildeten und sozial bessergestellten gesellschaftlichen Gruppen. Sozial benachteiligte Gruppen weisen demgegenüber eine weitaus höhere Abstinenz auf. Partizipatorische, "starke" Demokratiemodelle setzen somit ein Maß an politischer Gleichheit und Gemeinwohlorientierung in der Bürgerschaft voraus, das sicherlich normativ wünschenswert



Beate Rosenzweig

Politikwissenschaftlerin, ist stellv. Direktorin des Studienhauses Wiesneck, Institut für Politische Bildung Baden-Württemberg e.V., Buchenbach und Lehrbeauftragte am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg.

be at e. rosenzweig @wiesneck. de

Das zentrale demokratische Element zeigt sich damit nicht in der Idee der "einen wahrhaftigen Demokratie" sondern vielmehr in der ständigen Auseinandersetzung um die normativen Grundlagen, die Reichweite und die Grenzen demokratischen Handelns."

erscheint. Gleichwohl zeigt die partizipatorische Praxis, dass sich bestehende strukturelle Ungleichheiten nicht einfach durch ein größeres Angebot an neuen Beteiligungsangeboten überwinden lassen.

Auch die aktuell in der demokratietheoretischen Debatte hoch gehandelten deliberativen Demokratiemodelle, die auf einen Mittelweg von repräsentativ-demokratischen Entscheidungsverfahren und einer argumentativen politischen Meinungs- und Willensbildung in einer Vielzahl von autonomen Öffentlichkeiten setzen, sehen sich mit der Kritik der sozialen Exklusivität konfrontiert. Deliberative Praxen, so Dirk Jörke, sind "sehr voraussetzungsvoll. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger verfügen über jene Ressourcen, deren es für die erfolgreiche Partizipation an deliberativen Verfahren bedarf" (Jörke 2010, S. 276). Diese "elitäre Schlagseite" der deliberativen Demokratie zeigt sich auch an dem mit ihr verbundenen Begriff der rationalen kommunikativen Auseinandersetzung. Nicht erst die aktuellen Formen populistischer Zuspitzung verdeutlichen, dass politische Auseinandersetzungen oftmals weit entfernt vom "zwanglosen Zwang des besseren Argumentes" (Jürgen Habermas) bzw. einer argumentativ-rationalen Konsensfindung sind, sondern vielmehr auf Emotionalisierung und radikale Vereinfachung setzen.

Aus einer sogenannten radikaldemokratischen Perspektive gilt es deshalb, den Begriff der Demokratie nicht auf die formalen Prozeduren der Entscheidungsfindung oder auf eine bestimmte Weise rationaler politischer Willensbildung zu verkürzen, sondern den eigentlichen Kern des Demokratischen in der öffentlichen Auseinandersetzung und politischen Mobilisierung selbst zu verorten. Für die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe haben die aktuellen populistischen Auseinandersetzungen durchaus einen demokratischen Mehrwert. Die aktuelle Krise der Demokratie sieht sie vor allem in einem zunehmenden "Konsens in der Mitte", im Verschwinden von klaren alternativen Programmatiken und mangelnden Wahlmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Aus dieser "postpolitischen Situation" gelte es zu einer Dynamisierung der demokratischen Debatten zu kommen und zwar durch die Artikulation populistischer Alternativen. Für eine Neubegründung des Demokratischen erscheint ihr somit eine neue linkspopulistische Bewegung als notwendiges Mittel gegen eine fortschreitende Entpolitisierung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und gegen die Politik eines auf Abgrenzung und Ausschluss gerichteten rechten Populismus. Im Rahmen ihrer Auffassung bleibt das Versprechen der Demokratie nach gleicher Teilhabe am politischen Prozess und gleicher Freiheit grundsätzlich uneinlösbar. Sein normativer Horizont zeigt sich vielmehr in der permanenten Kritik an den herrschenden Zuständen, der Artikulation alternativer Handlungsoptionen und der notwendigen Anerkennung andauernden demokratischen Dissenses (vgl. Mouffe 2008, S. 20 ff.). Populistische Zuspitzung erscheint auf dieser Grundlage erst dann für die demokratische Ordnung als problematisch, wenn die gewaltfreie Anerkennung von politischer Gegnerschaft und Konflikt in eine antagonistische Logik politischer Feindschaft mündet. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie liegt damit nicht im Meinungsstreit über unterschiedliche Deutungen der Demokratie sondern vielmehr in der Nicht-Anerkennung von Pluralismus und Diversität (vgl. Mouffe 2015).

Die hier nur kursorisch wiedergegebene aktuelle Debatte lässt zunächst folgende Schlussfolgerung für die Frage nach der Krise und Zukunft der repräsentativen Demokratie zu: Die jeweiligen Krisendiagnosen richten sich an dem zugrunde gelegten Demokratiekonzept aus. Das zentrale demokratische Element zeigt sich damit nicht in der Idee der "einen wahrhaftigen Demokratie" sondern vielmehr in der ständigen Auseinandersetzung um die normativen Grundlagen, die Reichweite und die Grenzen demokratischen Handelns.

II. Die aktuelle Stimmungslage in Deutschland

Wenden wir uns nun der aktuellen Situation in der Bundesrepublik zu. Der Wahlausgang der Bundestagswahl und die davor liegenden Wochen eines gleichermaßen langweiligen – hinsichtlich der Frage der Kanzlerschaft – wie auch spannenden Wahlkampfes mit Blick auf die sich ergebenden Mehrheitsund Koalitionsoptionen liefern Ansatzpunkte, die momentanen Defizite des politischen Prozesses genauer in den Blick zu bekommen. Der Einzug der rechtspopulistischen AfD in den Deutschen Bundestag markiert nun ganz ohne Zweifel eine Zäsur im deutschen Parteienwettbewerb. Zum ersten Mal ist eine Partei im Bundestag vertreten, die keine klare Grenzziehung zum rechtsextremen Bereich vorgenommen hat, deren Vertreter/-innen vielmehr den kalkulierten politischen Tabubruch und die Provokation mit rechtsextremen Äußerungen explizit zur Wahlkampfstrategie erhoben haben. Was vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte durchaus als alarmierende Entwicklung angesehen werden kann, erscheint vor dem Hintergrund vergleichbarer Wahlen in unseren Nachbarländern eher als Normalisierung. Rechtspopulisten sind in vielen demokratischen Ländern seit langem etabliert oder zumindest auf dem Vormarsch. Gleichwohl gilt es, die demokratiegefährdenden Ursachen genauer in den Blick zu nehmen, den Erfolg der AfD auch als Symptom für Defizite im demokratischen Prozess in Deutschland zu verstehen.

Was also läuft schief? Was sind die entscheidenden gesellschaftspolitischen Veränderungen? Vorausgeschickt sei, dass trotz des Erfolgs der AfD das Parteiensystem in Deutschland, anders als etwa in den Nachbarländern Frankreich und Italien, bislang in seinen Fundamenten als sehr stabil und gefestigt bezeichnet werden kann. Hinzu kommt, dass sich der Lebensstandard in Deutschland insgesamt auf einem hohen, die Arbeitslosigkeit derzeit hingegen auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt.

Und dennoch, wer die öffentlichen Diskussionen in Deutschland aufmerksam verfolgt und die vorliegenden Daten der Meinungsforschungsinstitute (vgl. infratest dimap 2017; Forschungsgruppe Wahlen 2017) mit berücksichtigt, dem offenbart sich derzeit eine eigentümliche Melange politischer Stimmungslagen zwischen Zufriedenheit und Unzufriedenheit, Enttäuschung, Verbitterung und inzwischen in Teilen auch Wut. In den letzten Jahren, spätestens seit der humanitären Entscheidung der Kanzlerin am 4. September 2015, die vor Deutschlands Grenzen stehenden Flüchtlinge nicht zurückzuschicken, ist die zunehmende Verrohung des politischen Diskurses unübersehbar. Bei einem Teil der Kritiker ist die Aggressivität in den öffentlichen Auseinandersetzungen massiv angestiegen und zugleich die Bereitschaft drastisch gesunken, sich mit anderen Positionen inhaltlich überhaupt auseinanderzusetzen. Parallel hierzu hat sich die AfD, unter Bernd Lucke noch als Euro-skeptische "Professoren"-Partei gegründet, Schritt um Schritt radikalisiert und sich rechtsextremem Gedankengut angenähert und geöffnet.

Deutlich wird dies insbesondere bei den unterschiedlichen Motiven der Wählerinnen und Wähler, die Kanzlerin zu unterstützen. Ein Teil der CDU-Wählerschaft befürwortete die Fortführung der Kanzlerschaft von Angela Merkel aus großer Übereinstimmung mit den politischen Weichenstellungen und Entscheidungen der Kanzlerin, etwa hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Modernisierung der CDU, der Behandlung der Flüchtlinge oder auch ihrer Standfestigkeit in Fragen der Europa- und Außenpolitik. Ein anderer Teil ihrer Wählerschaft entschied sich letztlich für sie trotz ihrer Politik, die möglicherweise als zu wenig konservativ und zu wenig an den christdemokratischen Traditionswerten ausgerichtet empfunden wird. Eine dritte Gruppe wiederum sieht Angela Merkel angesichts der derzeit schier unübersehbaren europäischen und weltweiten Konfliktpotenziale vor allem als bestmögliche



Dr. Ulrich Eith

ist Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg und Direktor des Studienhauses Wiesneck, Institut für Politische Bildung Baden-Württemberg e. V., Buchenbach.

Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Wahl- und Einstellungsforschung sowie der Vergleich politischer Systeme.

ulrich.eith@wiesneck.de

Stabilitätsgarantin in turbulenten Zeiten. Wahlentscheidend für diese Wählerinnen und Wähler sind die enorme Erfahrung der Kanzlerin als Krisenmanagerin, ihre Umsicht und Bedacht bei politischen Entscheidungen. Das zeigt, dass der Vorsprung von Angela Merkel vor Martin Schulz eben nicht nur auf inhaltlicher Überzeugung und Übereinstimmung mit den politischen Positionen der Kanzlerin beruhte. Er resultierte zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf strategischen Überlegungen vor dem Hintergrund vielfältiger Verunsicherungen – und erschien dadurch seltsam fragil und sehr stark der aktuellen Wahrnehmung von Krisenpotenzialen geschuldet.

Nimmt man dieses hier nur in groben Strichen gezeichnete derzeitige Erscheinungsbild der deutschen Demokratie und übersetzt es in Kategorien der geschilderten Demokratiekonzeptionen, so wird zunächst das Zusammenspiel von Vertrauensverlusten und einem gewissen Repräsentationsdefizit bei gesellschaftlich konservativen und insbesondere national eingestellten Gruppen in der Bevölkerung offenbar. Die derzeitige Häufung und die Überschneidungen von internationalen Unwägbarkeiten - etwa Globalisierung, Klimawandel, Migrationsdruck und Terrorismus von außen, verfestigte soziale Ungleichheiten, Digitalisierung und gesellschaftlicher Wandel im Inneren – führen in Teilen der Bevölkerung zu Unsicherheit, Bedrohungsgefühlen und Orientierungsverlusten. Die Politik des umfassenden gesellschaftlichen Wandels der christdemokratischen Kanzlerin vom Ausbau der Kleinkinderbetreuung, über die Abschaffung der Wehrpflicht, den Atomausstieg, ihre humanitäre Entscheidung, die Flüchtlinge aufzunehmen, bis hin zur "Ehe für Alle" hat die Verunsicherung in konservativen Bevölkerungsgruppen weitgehend verschärft. Sehen die einen in Angela Merkel so etwas wie die letzte Garantin von Stabilität in Zeiten von Trump, Putin oder auch Erdogan, fühlen andere ihre christlich-konservativen Grundpositionen von ihr nicht mehr repräsentiert und gründen die AfD bzw. sympathisieren mit dieser. Vergleichbar ist dies durchaus mit den Auswirkungen der Agenda-Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder und den Abspaltungen von der SPD 2003/2004. Bei beiden großen Parteien wird deutlich, dass die Grenzen ihrer Integrationsfähigkeit erreicht sind – und dass die betroffenen Gruppen zum einen in resignierter Passivität verharren, zum anderen aber auch zur politischen Aktivität animiert werden. Parteigründungen sowie auch der Ruf nach direkter Bürgerbeteiligung - hier von rechtspopulistischer Seite mit dem Anspruch, die "wahren" Interessen des Volkes zu kennen und die gewählten Repräsentanten letztlich durch Volksabstimmungen zu delegitimieren - sind die Folge; die Kritikpunkte aus repräsentativem und partizipativem Demokratieverständnis sind eigentümlich miteinander verwoben.

Der Weg zur nationalstaatlichen Abschottung ist in Deutschland noch lange nicht so weit vorangeschritten wie etwa bei einigen osteuropäischen Nachbarn. Und anders als jüngst bei den Präsidentschaftswahlen in Österreich und Frankreich bekundeten alle beiden deutschen Spitzenkandidaten im Wahlkampf pro-europäische und weltoffene Einstellungen. Und dennoch hat sich die politische Kultur erkennbar verändert. Insbesondere der Bundeskanzlerin schlug bei ihren Wahlkampfauftritten im Osten Deutschlands der Furor

verbitterter Gegner offen entgegen. Der AfD wiederum gelang es als Protestpartei gegen das politische Establishment, gegen Flüchtlinge insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis sowie gegen weitere gesellschaftliche Modernisierung bei Teilen der verunsicherten und auch frustrierten Wählergruppen nennenswerte Unterstützung zu finden.

Angesichts dieser Entwicklungen kommen aus unserer Sicht der immer wieder aufs Neue anzuregenden Auseinandersetzung mit den Kernprinzipien der pluralistischen Demokratie und der Revitalisierung bzw. Förderung der politischen Diskursfähigkeit zentrale Bedeutung zu. Demokratien sind fragile, krisenanfällige politische Herrschaftssysteme im Zusammenspiel von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Meinungsbildung. Die individuelle Freiheit beruht auf einer verbindlichen Rechtsordnung, die ihrerseits die individuellen Menschen- und Freiheitsrechte sowie die Gültigkeit rechtsstaatlicher Verfahren garantiert. Der Preis dieser Freiheit in den komplexen pluralistischen Demokratien ist der Verzicht auf eine allgemeinverbindliche oder gar totalitäre Weltanschauung mit absolutem Wahrheitsanspruch. Und hier liegt besonders in Krisenzeiten die strategische Chance für populistische Politikkonzeptionen von Links und Rechts, den eigenen Anhängern scheinbar Sicherheit und Orientierung anbieten zu können, nämlich durch dramatische Reduzierung der Komplexität des politischen Prozesses in vermeintlich identitätsbedrohende Freund-Feind-Szenarien, durch die Identifizierung von Sündenböcken sowie durch die Unterstellung simpler Ursache-Wirkung-Zusammenhänge. Demokratietheoretisch höchst bedenklich ist, dass rechtspopulistische Weltbilder hierbei unversehens einen "wahren" Volkswillen oder eine feststehende kulturelle Identität der Deutschen unterstellen. Im pluralistischen Demokratieverständnis ist der Volkswille allenfalls Ausdruck sich verändernder Mehrheitsverhältnisse.

Demokratien basieren auf dem fortwährenden Ringen – zugespitzt: auf dem politischen Streit – um angemessenes politisches Handeln, um die mehrheitlich befürwortete beste politische Entscheidung."

Der Rahmen für die politische Auseinandersetzung ist ein regelgeleiteter, politischer Diskurs, der leider derzeit angesichts der Umgangsformen in den sozialen Netzwerken – und inzwischen auch darüber hinaus – einerseits und dem Aussitzen politischer Kontroversen andererseits zunehmend in Frage gestellt ist. Demokratien basieren nun aber auf dem fortwährenden Ringen – zugespitzt: auf dem politischen

Streit - um angemessenes politisches Handeln, um die mehrheitlich befürwortete beste politische Entscheidung. Nur was ausreichend von allen Seiten diskutiert wurde findet Akzeptanz auch bei denen, die sich mit ihren Positionen nicht durchsetzen konnten. Fehlen die Möglichkeiten, die eigenen Argumente vor- und in die politische Diskussion einzubringen, führt dieser Ausschluss schnell zu Enttäuschung, Frustration und schroffer Ablehnung. Mit Blick auf den Parteienwettbewerb und die repräsentative Funktion von Parlamentsdebatten kann aus dieser Perspektive die Lehre aus der letzten Legislaturperiode nur sein, eine erneute große Koalition unbedingt zu vermeiden. Wenn der politische Wettbewerb zwischen den beiden größeren Parteien der Mitte wieder in Gang kommt, schwinden die Profilierungschancen der kleineren Parteien an den entgegengesetzten Enden des demokratischen Spektrums.

Für die politische Bildungsarbeit ergibt sich in diesem Zusammenhang ein fortwährendes Aufgabenfeld. Politische Bildung ist sicherlich kein Reparaturbetrieb für schlechte Politik oder entstehende Repräsentationsdefizite. Sie kann und sollte aber die Bürgerinnen und Bürger befähigen, die Komplexität politischer Prozesse zu durchschauen, sie sollte stets aufs Neue die Beschäftigung mit den Grundlagen der pluralistischen Demokratie anregen und vor allem Orte und Gelegenheiten schaffen, wo die argumentative politische Auseinandersetzung mit Respekt vor anderen Meinungen und Positionen immer wieder eingeübt und trainiert werden kann. Die (verhältnismäßig junge) deutsche Demokratie hat sich bislang als krisenfest erwiesen. Damit das so bleibt, ist der demokratische Meinungsstreit um die aktuellen politischen Krisen, über ihre jeweiligen Deutungen und die sich daran anschließenden politischen Handlungsmöglichkeiten ein zentraler Schritt demokratischer Krisenbewältigung. Damit dies gelingt, sind Bürgerinnen und Bürger ebenso gefordert, wie die (frisch) gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Wer ist das Volk?

Rechtspopulismus und Demokratie

Von Simon T. Franzmann, Ludwig-Maximilians-Universität München & Institut für Sozialwissenschaften – Vergleichende Politikwissenschaft, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Nicht auszurotten ist der Irrglaube, dass Populismus nichts anderes als der Wunsch des Strebens nach der "wahren" Demokratie sei. Selbst Kritiker des Populismus unterstützen häufig diese Ansicht. Im Sinne einer radikalen Demokratie sprechen sie dem Populisten zu, für die "wirkliche" Volksherrschaft zu sein. Dies ist genauso irrig wie sein Gegenteil, nämlich Populismus grundsätzlich als eine Art Krankheitssymptom einer Demokratie zu sehen. Das Verhältnis von Populismus zur Demokratie lässt sich eher als ambivalent charakterisieren (vgl. Kaltwasser 2012): Je nach Rahmenbedingung kann Populismus eine Forderung nach einer höheren Inklusion von bisher ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen an sozialer und politischer Teilhabe darstellen, was zum Beispiel einigen Linkspopulisten Lateinamerikas zugebilligt wird. Er kann aber auch im Gegenteil den Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen fordern, wie dies für die europäischen Rechtspopulisten charakteristisch ist. Gemeinsam ist beiden Formen des Populismus, dass sie einer überhöhten Vorstellung dessen anhängen, was als das "wahre" Volk zu betrachten ist.

Populisten sind also weniger die "wahren Demokraten", sondern vielmehr Personen, die das Funktionieren der Demokratie auf die Begünstigung des "wahren Volkes" zurückführen.

Häufig wird Populismus als theoretisches Konzept mit den Trägern solch populistischer Ideen verwechselt. Menschen, die sich populistisch äußern, mögen durchaus in vielen Fällen ein hohes Ausmaß an wünschenswertem Idealismus in sich tragen und sich selbst als radikalen Demokraten sehen. Nur: Sie täuschen sich über die Natur des Populismus. Daher ist es umso wichtiger, sich mit der Natur und dem konkreten Gegenstand des Populismus als politischem Konzept zu beschäftigen. Der Irrglaube wird befeuert von der vermeintlichen Wortgleichheit: demos als das griechische Wort für "Volk" sei gleich zu setzen mit dem lateinischen populus, somit ein Populist nichts anderes als ein radikaler Demokrat. Ein gewisser Charme kann dieser Argumentation kaum abgesprochen werden. Nur hält diese Gleichsetzung dem modernen Gebrauch der beiden Begrifflichkeiten kaum stand. Es existiert eben kein Begriff "Demokratismus" im Deutschen, es gibt im Englischen kein "democratism", genauso wenig wie im Spanischen, Italienischen und Französischen eine solche Entsprechung existiert. Am ehesten kann dieser Argumentation unter Verweis auf die antike aristotelische Staatsformenlehre eine Gültigkeit zugesprochen werden. Und tatsächlich entspricht die kritische Schilderung des Aristoteles in vielen Punkten modernen Definitionen des Populismus. Nur ist bei Aristoteles (1995, POL 1320 a 34) die Demokratie eine Verfallsform, somit eine "schlechte" Regierungsform und somit kaum als Ideal geeignet, wie es heutige Populisten aber formulieren würden. Am ehesten lässt sich wohl eine Begriffsverschiebung dahin gehend diagnostizieren, dass derjenige, der im antiken Griechenland sich als Demokrat bezeichnete, dies heute mit dem Wort "Populist" tun würde, während der antike Demokrat ein Anhänger der aristotelischen "Politie" war. Dies mag auf den ersten Blick verwirrend sein, aber innerhalb von mehr als 2000 Jahren hat sich schlicht die begriffliche Bedeutung des Wortes Demokratie transformiert. Kurz: Nach heutigen Begrifflichkeiten sind Demokratie und Populismus zwei unterschiedliche Phänomene. Dies wird deutlich, wenn wir uns die in der Politikwissenschaft gängigste Definition von Populismus näher anschauen. Die zentralen Bestandteile und Gemeinsamkeiten des Populismus sind das Volk, der allgemeine Volkswille und die Abgrenzung zu einer moralisch verkommenen Elite (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017). Dies geht aus der vom Niederländer Cas Mudde (2004) geprägten Standarddefinition hervor. Demnach wird Populismus als eine Komplementärideologie definiert, "die die Gesellschaft als in zwei antagonistische Gruppen gespalten ansieht – das wahre Volk gegen die korrupte Elite – und die argumentiert, dass Politik ein Ausdruck des volonté générale des Volkes sein sollte" (eigene Übersetzung nach Mudde 2004, S. 544). Im Original wird nicht der Begriff Komplementärideologie, sondern "dünne Ideologie" (thin ideology) verwendet. Diese auf Michael Freeden (1998) zurückgehende Begrifflichkeit wird in der Definition von Mudde etwas unglücklich verwendet. Gemeint ist hier eindeutig ein Komplement zu einer Vollideologie. Klassische Vollideologien sind zum Beispiel Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus (vgl. Franzmann 2016a). Kommunikationswissenschaftler bevorzugen den Ausdruck Frame anstelle von dünner oder Komplementärideologie. Als Frame wird hierbei der Begründungs- und Argumentationszusammenhang verstanden (vgl. Aslanidis 2016).1 Populismus ohne jede "Wirtsideologie" (Freeden 1998) kann als eine zur Weltanschauung geronnene zynische Weltverschwörungstheorie angesehen werden, in der der zentrale Begründungszusammenhang das Wirken dunkler Mächte als Ursache für jede Form von Ungerechtigkeit angeführt wird.

Der Rechtspopulismus stellt nun eine Verbindung einer "rechten" Vollideologie mit einer populistischen Komplementärideologie dar. In der moderateren Form verbindet

er sich mit dem Konservatismus, in der extremeren Form mit dem Nationalismus. Entgegen aller Abgesänge ist die Links-Rechts-Unterscheidung in Mittelwesteuropa weiterhin funktional. Ihr Bedeutungsinhalt ist allerdings nicht statisch, sondern dynamisch. Während "links" als das Streben der Veränderung des gesellschaftlichen Status Quo hin zu mehr Gleichheit definiert wird, ist "rechts" die Befürwortung von Ungleichheit (vgl. Bobbio 1994). Der europäische Rechtspopulismus unterscheidet sich somit vom lateinamerikanischen Linkspopulismus, als dass er Ungleichheit betont und in der Folge die Exklusion bestimmter Gruppen vom "wahren" Volkskern propagiert. Die Idee vom "wahren" Volkskern ist im Falle des Rechtspopulismus von einen "differentialistischen Nativismus" (Betz 2002, S. 253) geprägt, der sich gegen kulturelle und ethnische Außenseiter richtet (Berbuir et al 2015, S. 157). Rechtspopulismus wendet sich somit nicht nur gegen die Elite, sondern zugleich gegen äußere Feinde (vgl. Lewandowsky 2015). Er folgt dabei aber nicht der plumpen Überlegenheitsrhetorik des alten Rechtsextremismus des 20. Jahrhunderts. Vielmehr wird die Differenz unterschiedlicher Menschen anerkannt, nur aber deren Vermischung innerhalb einer Volksgemeinschaft abgelehnt. "Die Ideologie der neuen populistischen Rechten setzt anstelle der nationalen Überlegenheitsansprüche von einst eine Position des ethnischen und kulturellen Partikularismus, die das Grundrecht auf Verschiedenheit allen Menschen und Rassen gleichermaßen zuerkennt. Mit dieser Umdeutung, die den Hauptunterschied zum klassischen Rechtsextremismus markiert, verbindet sich eine – auf den ersten Blick – durchaus zeitgemäße Vorstellung von kultureller und politischer Autonomie. (...) In der Abwehr solcher Tendenzen, der Absage an jede Form der ethnischen und geistig-kulturellen Vermischung (und ihre Idealisierung), liegt die eigentlich Stoßrichtung der neurechten Forderungen." (Decker 2000, S. 31 f.) Das ideologisch Neue liegt in der Forderung nach kultureller Distanz (vgl. Betz 2002). Diese Distanz ist durch Migrationsbewegungen und die zunehmende europäische Integration bedroht.

In drei Spielarten tritt der europäische Rechtspopulismus auf: (1) als kultureller Populismus, (2) als ökonomischer Populismus sowie (3) als Anti-Establishment-Populismus (vgl. Decker/Lewandowsky 2012, S. 276). Die Ablehnung der Europäischen Integration hat sich dabei als Katalysator zur Entwicklung einer eigenständigen Parteienfamilie erwiesen. Auf kultureller Ebene fördert die Europäische Integration Identitätskonflikte hervor, auf ökonomischer Ebene verknüpft sie nicht erst seit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion diese kulturelle Spannung mit ökonomischer Tagespolitik und auf institutioneller Ebene geschieht dies alles in einem partiell demokratiedefizitären Mehrebenensystem (vgl. ebd., S. 276 f.). Kurz: Die Europäische Integration ist ein Prozess, der der Idee der kulturellen Differenzierung von Nationalstaaten vollständig entgegenläuft. Dass die deutsche

Egal ob wir nun von einer dünnen Ideologie oder Komplementärideologie sprechen: Nach dieser Definition kann ein Populist sprachlogisch kein radikaler Demokrat sein. Radikal kommt wiederum aus dem Lateinischen – Wurzel. Eine "dünne" Ideologie geht eben nicht an die Wurzel. Entweder dick – Wurzel – oder dünn – dann Populist.

AfD sich schnell von einer von Ökonomen inspirierten Partei mit bürgerlichen Elementen zu einer rechtspopulistischen Partei wandeln konnte, hängt mit der Verknüpfung dieser drei Dimensionen zusammen. Da der Marktmechanismus neutral sei, führen diese Ökonomen die ökonomischen Unterschiede nationaler Volkswirtschaften innerhalb der EURO-Zone auf nationale Eigenheiten zurück. Deutschland wurde

dabei als kulturelles Vorbild vor allem für die südeuropäischen Eurostaaten dargestellt. Die populistischen Begleitelemente der scheinbaren ökonomischen Expertise wurden im Zeitverlauf immer stärker zur Hauptideologie der AfD. Die Ökonomen innerhalb der AfD registrierten erst zu spät, welche Geister sie damit weckten. Nicht wegen ihrer ökonomischen Expertise, sondern wegen ihrer versteckt kulturalistischen Argumentationsfiguren wurde die AfD gewählt (vgl. Bebnowski 2015; Franzmann 2016b).

Allerdings darf eines nicht übersehen werden: Die Sprengkraft und Legimitation des Populismus

in weiten Teilen der europäische Bevölkerung speist sich auch daraus, dass innerhalb des Europäischen Mehrebenensystems tatsächlich eben keine vollentwickelte Demokratie existiert. Ferner darf nicht vergessen werden, dass jedem noch so gut funktionierendem demokratischen System zwei Dilemmata innewohnen: Wie können die inneren und äußeren Grenzen des Wahlvolkes bestimmt werden? Wie können diejenigen kontrolliert werden, die die Funktion der demokratischen Prozesse kontrollieren und gewährleisten sollen (vgl. Kaltwasser 2014)? Die Problematik des Rechtspopulismus besteht darin, dass er diese Fragen nicht offen stellt, sondern direkt Antworten vorgibt. Diese Antworten negieren die real existierende plurale Gesellschaft. Und diese Antworten sprechen "den Politikern", "den Eliten" und "den Medien", also auch den Kontrolleuren demokratischer Prozesse, jede Form des guten Willens ab. Sie tragen auf diese Art und Weise aber nicht zur Abmilderung oder gar Lösung dieser einer jeden Demokratie inhärenten Dilemmata bei. Im Gegenteil, sie verstärken diese Probleme, weil sie auf der einen Seite die Exklusion der von politischen Entscheidungen betroffenen Personengruppen forcieren, auf der anderen Seite durch den von ihnen selbst verstärkten Vertrauensverlust gegenüber Eliten und Medien diese Kontrollmechanismen ihrer Legitimation und somit Funktionsfähigkeit berauben. In gewisser Weise verstärkt der Rechtspopulismus genau die Probleme, die er zu bekämpfen vorgibt. Hieraus wird ersichtlich, dass Populisten dabei nicht nur anti-elitär, sondern auch anti-pluralistisch sind (vgl. Müller 2016, S. 26). Dies gilt, gerade weil Populisten die vermeintlich "wahre" Demokratie herstellen wollen, indem sie die Idee des homogenen Volkswillens überbetonen. Somit ist im Kern die Elitenkritik des

Rechtspopulismus keine reine Elitenkritik, sondern inhärent anti-pluralistisch (vgl. Mudde 2004). Der Demokrat strebt danach, einen Teil der Bevölkerung zu repräsentieren, der Populist will für das ganze Volk sprechen.

Der Politikbegriff des Populismus endet zwingend in einem einfachen Freund-Feind-Schema. Wo es nur einen einheitlichen Volkswillen gibt, wird jede differenzierende



Der Politikbegriff des
Populismus endet zwingend in einem
einfachen Freund-Feind-Schema.
Wo es nur einen einheitlichen Volkswillen
gibt, wird jede differenzierende
Stimme als Feind des guten
Volkswillens gesehen.

Stimme als Feind des guten Volkswillens gesehen. Der Populismus als Komplementärideologie schließt die kompromisshafte Verständigung mit anderen gesellschaftlichen wie politischen Akteuren grundsätzlich aus. Entsprechend häufig lehnen Rechts- wie Linkspopulisten die Regierungsverantwortung im Rahmen einer Koalitionsregierung ab (vgl. Franzmann 2016a, S. 25). Selbst an der Regierung erkennen solche populistische Parteien dann jede Art von Opposition nicht an. Bei Anerkennung der Opposition würde die populistische Partei ansonsten ihren eigenen Alleinvertretungsanspruch untergraben (vgl. Müller 2016, S. 73). Wir kennen diese Verhaltensschema schon länger aus Lateinamerika: Kommen die dortigen Populisten an die Regierung, untergraben sie die horizontalen Verantwortlichkeiten innerhalb des politischen Systems und entziehen der pluralistischen Demokratie

ihre Grundlage (vgl. Ruth 2017). Die europäischen Populisten in Ungarn, Polen und der Türkei folgen einfach nur dieser dem Populismus innewohnenden Sachlogik. Die Verabsolutierung des Volkswillens duldet keine Opposition. Selbst in der Opposition profitieren Rechtspopulisten häufig von der erfolgreichen Inszenierung als Außenseiter. Die österreichische FPÖ hat 1994 dies noch unter Jörg Haider mit einem Wahlplakatspruch perfekt inszeniert: "Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist." Mit "ihn" ist Jörg Haider gemeint, mit "Sie" das nicht näher spezifizierte Establishment.

Während der Anti-Elitismus unverhohlen daherkommt, vermögen die aktuellen Rechtspopulisten ihren anti-pluralistischen Kern gut zu verschleiern. Die PVV in den Niederlanden und Dansk Folkeparti in Dänemark geben sich vielmehr als Verteidiger der liberalen Demokratie gegen die (tatsächliche oder vermeintliche) Bedrohung durch den "Islam" (Decker/Lewandowsky 2017, S. 22). Die deutsche AfD folgt seit ihrem innerparteilichen Bruch im Sommer 2015 diesen europäischen Vorbildern. War in den ersten beiden Gründungsjahren unklar, ob es sich bei der AfD um eine national-liberal-konservative Strömung oder um eine rechtspopulistische Partei handelt (vgl. Franzmann 2014; Niedermayer 2015; Lewandowsky 2015), so charakterisiert sich die AfD in ihrem Grundsatzprogramm von 2016 de facto selbst als eine. Auf Seite 8 heißt es dort nämlich: "Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten." Leitbild der AfD-Außenpolitik ist eine Wirtschafts- und Freihandelsgemeinschaft national souveräner Staaten (S. 17). Überhaupt wird die nationalstaatliche Souveränität als Allheilmittel gesehen, oder korrekter: Ihre Beeinträchtigung wird als Wurzel vielerlei Übels definiert. Hier kommt die oben diskutierte, zuvor in Frankreich und Österreich entwickelte Idee der kulturellen Distanz zum Tragen. Die Ablehnung des Islam ist ebenfalls sehr konsequent. "Kritik am Islam muss erlaubt sein" ist eine Teilüberschrift im Grundsatzprogramm (S. 49). Denn diese Aussage ist eine Selbstverständlichkeit, öffnet beim Zuhörer daher Verständnis und erzeugt Entgegenkommen für die dann vorgetragenen extremeren Positionen. Die AfD trennt in ihrem Programm gelegentlich zwischen Islamisten und anderen

Formen, hält aber ansonsten den Islam nicht für einen Teil Deutschlands. Sie sieht im Islam tendenziell eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Ordnung, auch wenn sie einräumt, dass es rechtstreue und integrierte Muslime gibt. In Fragen des Staatsbürgerschaftsrechts strebt die AfD die Abschaffung des Territorialprinzips an (S. 65). Das heißt sie möchte nur noch die Staatsbürgerschaft denjenigen zugestehen, die mindesten ein deutsches Elternteil haben. In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder hätten in letzter Konsequenz keine Chance, Deutsche zu werden. Die AfD verfolgt somit einen sehr engen Begriff dessen, was als "wahres deutsches Volk" angesehen wird. Im aktuellen Wahlprogramm kommt zudem ihr Wohlfahrtschauvinismus zum Tragen, in dem Wirtschafts- und Sozialpolitik gesellschaftspolitisch umgedeutet wird: die "unverantwortliche Zuwanderungspolitik" sei schuld daran, wenn nicht genug finanzielle Ressourcen für soziale Wohltaten für Deutsche vorhanden seien. Nur der Nationalstaat könne Solidarität garantieren (S. 56).

Rechtspopulisten sprechen zwar latent Dilemmata einer jeden Demokratie an. Problematisch dabei ist ihre Propagierung einer endgültigen Antwort. Ihr Volksbegriff ist exklusiv. Nicht nur Migrationsströme sollen abgewehrt werden, sondern Teile der aktuellen Bevölkerung eines Landes werden als Nicht-Teil dieses Volkes definiert. Sie begründen diesen Ausschluss nach außen damit, erst durch diese Verengung des Volkes die liberale Demokratie sicherstellen zu können. Dem steht jedoch logisch ihr Anspruch der Vertretung des einheitlichen Volkswillens entgegen, der keinerlei Form der Opposition zulassen kann. Einmal an der Macht, muss eine populistische Partei entweder den realweltlichen Pluralismus anerkennen oder Schritt für Schritt den Begriff des Volkes immer exklusiver wählen. Nicht nur andere Religionen und Kulturen, sondern verschiedenartige Lebensstile innerhalb der zuvor noch als einheitlich gut gesehenen Bevölkerung werden dann abgelehnt. Obwohl auf den ersten Blick der Populismus als eine Ideologie der Demokratie angesehen werden kann, widerspricht er in Wahrheit mit seiner anti-pluralistischen Ausrichtung und seinem überhöhten wie verengten Volksbegriff wesentlichen Kernelementen moderner Demokratien.

Simon T. Franzmann

ist Vertreter des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und akademischer Rat auf Zeit an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Er forscht zu Parteienwettbewerb, Populismus, Opposition und Demokratien im internationalen Vergleich.

Simon.Franzmann@hhu.de



Shrinking, Closing, No Space

Zivilgesellschaft unter Druck

Von Barbara Unmüßig, Heinrich-Böll-Stiftung

In Russland ist die Menschenrechtsorganisation Memorial als ausländische Agentin stigmatisiert. In China können Menschen nicht ungehindert das Internetportal Facebook benutzen.¹ In der Türkei werden Journalisten wegen Terrorverdachts auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis geworfen. Der neue Präsident der USA brandmarkt einzelne Medien als "Feinde des amerikanischen Volkes".² Und in Ägypten wurde jüngst die Website von Human Rights Watch gesperrt.³

Diese Meldungen sind nur ein Ausschnitt eines beunruhigenden, weltweiten Trends: Regierungen jeder Couleur gehen massiv gegen zivilgesellschaftliche Kräfte vor und schränken die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft ein (shrinking spaces). Einer Vielzahl von Regierungen überall auf der Welt ist eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft nicht nur ein Dorn im Auge, sie bekämpfen sie in einem Ausmaß, wie das in den vergangenen 25 Jahren nicht geschehen ist. Ein regelrechtes Rollback von demokratischen, menschenrechtlichen und emanzipatorischen Errungenschaften ist zu beobachten, das nicht nur in autokratischen Staaten wie Russland oder China stattfindet, sondern auch in semiautokratischen Staaten und Staaten wie Indien oder Israel und auch in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Polen oder Ungarn. Laut der Organisation CIVICUS leben nur 2 % der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft als "offen" eingestuft werden können.⁴ In nur 23 Ländern sind die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft uneingeschränkt offen, dabei hat allein die EU 28 Mitgliedsstaaten!5

Eingeschränkt werden vor allem elementare Grundrechte wie die Versammlungs-, Vereinigungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen von 1948 und in einer Vielzahl von Verfassungen verankert sind. Dies geschieht über den Gesetzesweg, über bürokratische Hürden und Auflagen, über staatliche Zensur, durch Überwachung durch Polizei und Geheimdienste. Hinzu kommen Einschüchterungs- und Diffamierungskampagnen gegen emanzipatorische und liberale Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft – gegen Menschenrechts-, Umwelt- und Frauenbewegungen und Organisationen, gegen Anwältinnen/Anwälte, Journalistinnen/Journalisten und Blogger/-innen. Massiv zugenommen hat auch die gewaltsame Repression durch Polizei und Geheimdienste sowie



Barbara Unmüßig moderiert 2016 eine Diskussion der Heinrich Böll Stiftung zum Thema "Es wird eng – Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft"

private Gewaltakteure, die gegen unliebsame Kritiker/-innen Gewalt anwenden und auch nicht vor Morden zurückschrecken.

Shrinking Spaces – das klingt verharmlosend – wir müssen längst von Closed Spaces sprechen (geschlossene Räume). Die Verfolgung von kritischen Stimmen und eingeschränkte Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft sind die Regel, nicht die Ausnahme. Und wir müssen davon ausgehen, dass dieser Trend anhalten und sich verschärfen wird. Repression und Einschüchterung von Menschen, die sich für ihre Rechte, für Freiheit einsetzen und ihre Lebensgrundlagen verteidigen, sind beileibe kein neues Phänomen. Allerdings erleben wir derzeit eine neue Qualität.

Eine der Ursachen: Weltweit haben große und lokale Proteste signifikant zugenommen (vgl. Carothers/Young 2015, S. 3). Menschen von Rumänien bis Brasilien protestieren gegen Machtmissbrauch, Korruption und Willkür. Sie stehen auf gegen miserable Arbeitsbedingungen, gegen Großstaudämme, illegale Abholzung und Landraub, gegen Bergbau und andere große Infrastrukturprojekte. Zudem ermöglicht die digitale Technik eine schnelle Vernetzung weit über das Lokale hinaus und lässt so Protest und Widerstand zugleich international sichtbarer werden und schafft Solidarisierung. Genau das wollen die politischen und ökonomischen Eliten in vielen Ländern offensichtlich verhindern. Sie sehen aus

www.zeit.de/digital/2017-08/facebook-anonyme-app-china. Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 09.10.2017

www.usatoday.com/story/news/politics/2017/02/24/donald-trump-cpac-media-enemy-of-the-people/9834797

³ www.deutschlandfunk.de/aegypten-internetseite-von-human-rights-watch-nach-folter.2849.de.html?drn:news_id=790224

⁴ Civicus am 04.04.2017; www.civicus.org/index.php/media-resources/media-releases/2803-people-power-under-attack-just-three-percent-of-people-live-in-countries-where-fundamental-civic-freedoms-are-fully-respected

Civicus Monitor 2017. Ratings Update September 2017: https://monitor.civicus.org/Ratingsupdatesept17

Die Erosion
des internationalen
Menschenrechtssystems,
des humanitären Völkerrechts ist unübersehbar;
dessen Universalität ist
kaum noch Konsens.

unterschiedlichsten Gründen ihre Macht- und Einflusssphären, ihre Privilegien und Pfründe bedroht. Machtsicherung ist das Kernmotiv der Einschränkungen und Repressionen. Kritische Stimmen, die das Macht- und auch das gängige Entwicklungsmodell gefährden könnten, sollen mundtot gemacht, Proteste bereits im Keim erstickt werden.

Die Rechtfertigungen der Regierungen für die Einschränkung von Grundrechten und gewaltsame Repressionen variieren indessen bzw. werden nach Interesse gewichtet. Die Sorge um die Innere Sicherheit wird angeführt, ebenso der Kampf gegen den Terror. So werden Menschen und Organisationen unter Generalverdacht gestellt, um repressive Maßnahmen zu legitimieren.

Eine beliebte Argumentationsfigur ist, Kritik und Protest als vom Ausland gesteuert zu diffamieren. "Einmischung in die nationalen Angelegenheiten" – diese Phrase erleben wir fast täglich (vgl. auch Kaleck/Rau 2016). Dies korrespondiert mit der Rückkehr des Nationalen, von China bis "America first" und mit der Ablehnung wichtiger Errungenschaften des in der Nachkriegszeit ausgebauten Völkerrechtrechts. Die Erosion des internationalen Menschenrechtssystems, des humanitären Völkerrechts ist unübersehbar; dessen Universalität ist kaum noch Konsens.

Der Trend, Völkerrecht zu missachten, die Grundrechte einzuschränken oder auszuschalten ist – wie schon erwähnt – kein "Privileg" der autoritären Regime, sie ist auch ein Trend in vielen demokratischen Ländern. Das Argument, Proteste seien extern gesteuert, nutzen auch demokratische Regierungen, wenn es darum geht, lokalen Widerstand gegen Erdölpipelines oder Kohleminen zu delegitimieren (z. B. in Indien, Kanada, Australien). Der gemeinsame Nenner ist die Sicherung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

"Alle Mittel sind ,recht"

Es gibt ein ganzes Bündel an Maßnahmen seitens der Regierungen, die darauf abzielen, eine kritische Zivilgesellschaft einzuschüchtern, auszubremsen und handlungsunfähig zu machen. Besonders beliebt sind auch sogenannte NGO-Gesetze, die die Beziehungen zwischen in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) regeln. Laut International Centre for Not-for-Profit-Law (ICNL) haben allein seit Anfang 2015 Staaten in allen Regionen der Welt 64 restriktive Gesetze, Verordnungen und andere Initiativen verabschiedet (vgl. ICNL 2016). Charakteristisch für die meisten NGO-Gesetze ist, dass Organisationen nicht gegen die "öffentliche Ordnung und Sicherheit", gegen "nationale Interessen" oder "gegen gesellschaftliche Moralvorstellungen" verstoßen dürfen. Die Gesetzestexte sind dabei vage und bewusst offen formuliert. Interpretationen und politischer Willkür sind damit Tür und Tor geöffnet.

Dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Inter*Personen (LSBTI) bedroht werden, ist nichts Neues. Es gibt unzählige Berichte (vgl. z. B. ILGA Europe 2015, S. 17. f.; ILGA 2015; Library of Congress 2014), die beschreiben, wie die Arbeit von LSBTI und LSBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten eingeschränkt werden. Die Argumentation unterliegt bekannten Schemata: LSBTI-Rechte seien westliche Werte, die die traditionelle Familie sowie die Kultur des eigenen Landes zerstören. LSBTI und LSBTI-Aktivistinnen/-Aktivisten werden daher als Staatsfeinde bezeichnet. Zeitungen veröffentlichen ihre Namen auf schwarzen Listen. Das trifft leider auch für EU-Staaten wie Ungarn zu. LSBTI-Rechte werden in Armenien, Serbien, Russland, in Uganda oder der Türkei massiv eingeschränkt, um hier nur einige Länder zu nennen.

Ein weiteres zentrales Mittel der Kontrolle von NGOs ist, ihnen den Geldhahn aus externen Finanzquellen zuzudrehen. Ein Beispiel: Das Israelische Parlament hat im Juli 2016 ein Gesetz verabschiedet, das NGOs, die mehr als die Hälfte ihrer Finanzierung von ausländischen öffentlichen Einrichtungen beziehen, dies bei allen öffentlichen Aktivitäten ausweisen müssen (vgl. auch Asseburg 2017).



Barbara Unmüßig

ist seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Mehr Informationen zu dem Trend, dass Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft überall auf der Welt unter Druck geraten und wie wir sie verteidigen und zurückgewinnen können unter

www.boell.de/de/dossier-shrinking-spaces

Oder Russland, wo das sogenannte "Agentengesetz" schon als Vorlage für viele andere Staaten gedient hat. Demzufolge müssen sich russische Organisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind, als "ausländische Agenten" in ein Register eintragen. Bisher wurden rund 148 NGOs zu Agenten erklärt, 27 NGOs haben ihre Arbeit vollständig eingestellt (vgl. Amnesty International 2016a).

Neben der Einschränkung fundamentaler Menschenrechte unter Vorwänden der Inneren Sicherheit und Bekämpfung des Terrorismus kritisiert Amnesty International, dass solche Gesetze geschaffen werden, "um kritische NGOs zu behindern, zu stigmatisieren und zum Schweigen zu bringen" und dass sie "ein großes Risiko für die Zukunft der Zivilgesellschaft" darstellen (Amnesty International 2016b). Vor allem in Ländern des globalen Südens verfängt das Argument der Regierungen, auf ihre nationale Souveränität zu bestehen und sich jegliche Unterstützung ihrer kritischen Zivilgesellschaft als vermeintliche Einmischung in ihre internen Angelegenheiten durch den globalen Norden zu verbitten.

In demokratischen oder partiell demokratischen Ländern beobachten wir außerdem, dass sich zunehmend ein ganzes Bündel aus juristischen, administrativen und repressiven Maßnahmen der Regierungen vor allem gegen soziale Bewegungen und NGOs richtet, die sich gegen Großprojekte wie Kohle-, Erdöl- oder Gaserschließung, gegen Landraub oder andere Infrastrukturprojekte zur Wehr setzen. 2016 war das bisher tödlichste Jahr für Land- und Umweltaktivistinnen und -aktivisten, mit mindestens 200 Getöteten und einer vermutlich sehr hohen Dunkelziffer. 60 % der Opfer kommen aus Lateinamerika (vgl. Global Witness 2017). So sind es nicht nur politische Interessen und Macht, die Regierungen versuchen zu verteidigen, sondern auch ökonomische Privilegien. Überall, wo es um Kontrolle des Zugangs zu und die Ausbeutung von strategischen natürlichen Ressourcen geht, von Kohle, Öl und Gas über Wasser, Wälder, Land und Biodiversität, greifen die Mächtigen zu Strategien, um ihre Macht und ihrem Geschäftsmodell das Überleben zu sichern.

Doch nicht nur Menschenrechts- und Umweltaktivistinnen und -aktivisten, sondern auch Anwältinnen und Journalisten, die sie unterstützen oder kritisch berichten, werden in ihrer Arbeit eingeschränkt, zensiert und bedroht. Das jüngste Beispiel ist die Türkei, wo seit dem versuchten Militärputsch im Juli 2016 mit aller Härte gegen mutmaßliche Gegner/-innen der Regierung vorgegangen wird. Zehntausende Menschen insbesondere aus dem Bildungswesen, den Medien, den Streitkräften und der Justiz wurden festgenommen, Zehntausende weitere aus dem Staatsdienst entlassen oder suspendiert.

Auch in traditionell offenen und demokratischen Ländern des globalen Nordens, lassen sich zusehends beunruhigende Entwicklungen beobachten. In Demokratien wie den USA, Polen oder Großbritannien tragen Politiker/-innen ihre Geringschätzung gegenüber Journalistinnen/Journalisten und Wissenschaftler/-innen offen zur Schau, anstatt die Pressefreiheit als Grundwert zu achten. Solche Vorwände dürfen Demokraten Autokraten nicht liefern für deren Repressalien, warnt die Organisation Reporter ohne Grenzen (2017; vgl.

auch Global Witness 2017). Es überrascht nicht, dass Ungarns Regierung seit der Inauguration des neuen US-Präsidenten auch ihren Kampf gegen die Zivilgesellschaft neu entfacht hat. Geht es nach Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán, dann sind Mitarbeiter/-innen von Nichtregierungsorganisationen "bezahlte Aktivisten", die unzulässigen Einfluss auf den ungarischen Staat nehmen wollen. Sie seien, heißt es von Vertretern seiner rechtskonservativen Fidesz-Partei, "Agenten", die "fremde, gegen die Nation gerichtete Interessen" verfolgten und aus internationalen Finanzkreisen "Schmiergeld" bekämen, um das Land auszubeuten (Kokot 2014). Mit einem im Juni 2017 verabschiedeten NGO-Gesetz verstößt das EU-Land gegen die Grundfreiheiten des Datenschutzes, der Gleichbehandlung und der freien Meinungsäußerung.

Handlungsspielräume verteidigen

Die Einschränkungen ihrer Rechte und Freiheiten stellt die Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen. Es gibt nicht viele Strategien, die politische Organisationen anwenden können, wenn sie politische Handlungsspielräume in einem schwierigen Umfeld ausloten müssen.

Während Repressionen und neue Gesetze darauf abzielen, jede kritische Stimme, die sich gegen Regierungshandeln erhebt, mundtot zu machen, bleibt zivilgesellschaftliches Engagement gleichwohl im Prinzip erlaubt, solange es unpolitisch ist und im sozialen wie im Umweltsektor weiterhin bspw. staatliche Aufgaben übernimmt, ohne Ansprüche nach demokratischer Teilhabe zu erheben oder strukturelle Ursachen von Armut anzugehen. Entpolitisierte NGOs sind erwünscht, sie dürfen auch ausländisches Geld annehmen, wenn auch unter verstärkter staatlicher Kontrolle. Die Trennung in gute und in böse oder staatsfeindliche NGOs ist längst in vollem Gange, die vielen neuen NGO-Gesetze legalisieren diesen laufenden Prozess.

Staatliche und nichtstaatliche Förderer von Zivilgesellschaften und Demokratisierungsprozessen müssen gerade auch auf diese gewollte Aufspaltung von erwünschter und nicht erwünschter Zivilgesellschaft eine Antwort finden (vgl. Carothers 2015). Es kommt darauf an, Strategien zu entwickeln, die Menschenrechte und demokratische Prinzipien und Institutionen weiterhin verteidigen, zurückgewinnen und auch ausweiten.

Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit sind die Essenz jeder Demokratie. Ihre Einschränkung muss alle demokratischen Regierungen und die globale Kooperation herausfordern. Das Thema muss deshalb Teil der außen- und entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Agenda sein und von nationalen Parlamenten aufgegriffen und Teil der globalen Gespräche und Verhandlungen zwischen Regierungen werden.

Schaffen es die Machthabenden, den Anspruch auf demokratische Teilhabe und die Verteidigung fundamentaler Rechte der Zivilgesellschaft zu verwehren, verheißt das für die Demokratie weltweit düstere Zeiten. Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Argumentationstraining gegen rechte Parolen

Politische Bildung für alle

Wie funktioniert politische Bildung in Sachsen, dem deutschen Bundesland mit der höchsten Zustimmung für die rechtspopulistische AfD bei der Bundestagswahl im September 2017? Ein Blick auf die Arbeit des Herbert-Wehner-Bildungswerks in Dresden gibt spannende Einblicke und zeigt, wo Sachsen in Sachen politischer Bildung noch Nachholbedarf hat.



"Fühlt sich irgendwie komisch an", murmelt Annika. Man spürt deutlich, wie sehr sich alles in ihr sträubt, als sie in die Rolle eines Stammtisch-Populisten schlüpfen soll. Annika ist 24 Jahr alt, hat rotblondes Haar, trägt einen bunten Leinenbeutel und ist von zierlicher Statur. Die Studentin aus Dresden nimmt an einem "Argumentationstraining gegen rechte Parolen" teil. Die Theorie sitzt schon. Nun sind die praktischen Übungen dran. Annika hat sich "Die sind doch alle kriminell!" als Parole ausgesucht. Das hat sie im Alltag schon oft gehört – im Supermarkt, bei der Familienfeier, ja, sogar an der Uni. Dann wusste sie nie so recht, wie sie reagieren soll. Den anderen im Seminar ging es genauso.

"Unsicherheit, Furcht vor einer Eskalation oder einfach die Angst, dass einem die Argumente ausgehen – es gibt unterschiedliche Gründe, warum Menschen sich nicht trauen, populistischen Äußerungen zu widersprechen", sagt Seminarleiterin Sophie Augustin vom Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden. "Unser Argumentationstraining setzt genau dort an. Wir liefern Fakten und geben

Argumentationshilfen, um im Umgang mit rechten Parolen klare Kante zu zeigen und Vorurteilen selbstbewusst entgegenzutreten."

Ziel dabei ist nicht etwa, den Parolenschwinger umzustimmen. Es geht vielmehr um die vielen Menschen, die als Unbeteiligte das Geschehen verfolgen. "Ihnen zu signalisieren, dass es gute Argumente gegen platte Parolen gibt und dass politische Themen viel komplexer sind als es uns AfD und Co. weiß machen wollen, ist eine Strategie, die Erfolg verspricht", so Sophie Augustin.

Doch das will gelernt und vor allem geübt sein. Das sieht auch Silke, Sozialarbeiterin aus einer Kleinstadt nahe Dresden, so. Sie ist Annikas Partnerin im Rollenspiel und soll ihre Parole mittels Argumentationstrichter entkräften. Anfangs noch etwas schüchtern, hält Silke schließlich ordentlich dagegen. Die anderen Teilnehmenden quittieren das mit entsprechendem Applaus und Annika, die sich mit ihrer Parole nicht behaupten konnte, gibt sich in dieser Sache ja eigentlich auch sehr gern geschlagen.



Politische Bildung für alle

Engagiert, interessiert und bereit, sich in ihrer Freizeit politisch zu bilden – Menschen wie Annika und Silke trifft man in sehr vielen Seminaren des Herbert-Wehner-Bildungswerkes. Doch nicht jede Zielgruppe nimmt politische Bildungsangebote so dankbar auf. "Unser Ziel ist es, politische Bildung für alle anzubieten und auch Menschen zu erreichen, die sich ohne unser Angebot nicht mit politischen Themen auseinandergesetzt hätten. Deshalb machen wir keine elitäre politische Bildung, sondern setzen viel lieber Formate um, die attraktiv und informativ zugleich sind und die jeweilige Zielgruppe ansprechen", so Karin Pritzel, Geschäftsführerin des Herbert-Wehner-Bildungswerkes. Zum 25. Jubiläum gab es deshalb auch zwei Veranstaltungen: die klassische Podiumsdiskussion und einen politischen Poetry Slam, der besonders junge Menschen angesprochen hat. Bei Seniorinnen und Senioren sind Bildungsfahrten im Allgemeinen besonders beliebt. Bürgerversammlungen und Diskussionsveranstaltungen zu kommunalpolitischen Themen sprechen wiederum vor allem die Bewohner bestimmter Stadtteile oder Orte an. Seit zwei Jahren hat das Bildungswerk mit der politischen Familienwerkstatt auch ein Format für Eltern mit Kindern im Programm.

Kein Bildungsurlaub in Sachsen

Doch zeitgemäße Ideen und das Engagement der politischen Bildner/-innen allein reichen nicht aus, um dem Demokratiedefizit in Sachsen zu begegnen. Damit Demokratie zur







Selbstverständlichkeit wird, wünscht sich Karin Pritzel ein grundsätzliches Umdenken: "Zu lange wurde im Freistaat verharmlost oder verneint, was längst für jeden deutlich sichtbar zur gesellschaftlichen Realität gehörte. Zu lange wurde Politik aus der Schule ferngehalten. Zu lange gab es zu wenige Mittel für die politische Bildung und zivilgesellschaftliche Initiativen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Zum Glück gibt es jetzt, wo sich das Problem Rechtsradikalismus wirklich nicht mehr schönreden lässt – bei den meisten politischen Akteuren ein Problembewusstsein und die Einsicht, dass man an Bildung nicht sparen darf. Es gibt heute mehr Mittel für die politische Bildung und in den Schulen soll Politik nun endlich Einzug halten. Trotz allem bleibt ein wesentlicher Faktor, der sich eben nur sehr mühsam verändern lässt: die demokratische Kultur. Da gibt es beispielsweise Lehrer/-innen und Schüler/-innen, deren politische Ansichten jahrelang nichts im Alltag zu suchen hatten und Menschen, die resigniert jede Form des politischen Dialogs ablehnen. Sie und andere für politische Bildungsangebote zu interessieren, sie zu kritischem Denken zu ermuntern und am demokratischen Diskurs zu beteiligen, ist eine langwierige Aufgabe. Ein erster Schritt wäre, dass die CDU endlich ihre Blockadehaltung gegenüber der Einführung des Weiterbildungsurlaubs aufgibt."

Neue Wege gehen, auch im Netz

Mindestens solange wird man im Herbert-Wehner-Bildungswerk viel Kraft in die Entwicklung von neuen Bildungsformaten stecken, um möglichst vielen Menschen den Zugang zu politischer Bildung zu erleichtern. Das neueste Projekt richtet sich an all diejenigen, die sich lieber im Internet informieren statt eine klassische Abendveranstaltung zu besuchen. Unter dem Namen "HWB live" startete vor kurzem ein Pilotprojekt auf der Internet-Videoplattform YouTube. Experten werden dabei zu Politikfeldern wie Verkehr, Außenpolitik oder Rechtsextremismus von den Nutzern befragt. Das Gespräch findet im Ladenlokal des Bildungswerks statt und wird live auf YouTube übertragen. Die Zuschauer können von zu Hause aus auf Facebook, Twitter oder direkt auf YouTube kommentieren und Fragen stellen.

Katharina Jehring



Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.

Das Herbert-Wehner-Bildungswerk mit Sitz in Dresden ist ein staatlich geförderter Verein, der seit 1992 politische Erwachsenenbildung anbietet. Heute führt das Bildungswerk ca. 100 Seminare pro Jahr mit rund 2.000 Teilnehmenden durch. Das Team organisiert politische Bildungsfahrten, Seminare und Diskussionsveranstaltungen. Formate wie politisches Geocaching und Stadtteilführungen sind außerdem im Programm. Auch für Beratung und die Moderation von Gruppenprozessen kannman sich an das Bildungswerk wenden. Das Herbert-Wehner-Bildungswerk ist anerkannter Bildungsträger der Bundeszentrale für politische Bildung und wird gefördert durch das Sächsische Staatsministerium des Innern und die Sächsische Staatskanzlei.

Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.

Kamenzer Str. 12 01099 Dresden info@wehnerwerk.de www.wehnerwerk.de

Wir wollen die rechten Gehirnhälften erreichen!

Das Projekt #denk_net

Das Internet bietet eine unglaubliche Fülle an neuen Möglichkeiten – der Informationsvermittlung, der Kommunikation, der Vernetzung. Dass es da Regeln und ein gemeinsames Verständnis von Fairness, Akzeptanz und freundlichem Umgang geben müsste, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Wirklichkeit sieht aber oft anders aus. #denk_net hilft Jugendlichen, sich im Netz zurechtzufinden und eine faire Umgang weise einzuüben.

Online Hate Speech ist ein Problem, auf das derzeit weder Zivilgesellschaft und Plattformanbieter noch Sicherheitsbehörden eine befriedigende Antwort gefunden haben. Mit Hate Speech sind aber nicht nur rassistische, antisemitische und sexistische Äußerungen gemeint, sondern auch unflätige Kommentare sowie (menschenverachtende) Verschwörungstheorien und der Aufruf zur Gewalt gegen bestimmte Gruppen oder einzelnen Personen, die als "fremd" und "anders" markiert werden. Diese Hassreden und -kommentare entbehren zumeist jeglicher Faktenlage. Online Hate Speech wird erfahrbar, sobald Menschen im Internet mit anderen in Kontakt treten, insbesondere, da jede/r zum Sender werden, einfach und schnell mit digitalen Medien die eigene Meinung äußern kann und aus Frustration heraus gemeckert, gepöbelt und gehasst wird.

Doch was dagegen tun? Um eine Antwort darauf zu bekommen, begaben sich 2016 zwei Mitarbeiter/-innen aus der Jugendbildungsstätte mit unterschiedlicher Expertise in den Bereichen Medienpädagogik und Rechtsextremismus auf die Suche: Was weißt du über die Thematik? Was regt dich auf? Was kann die Antwort der außerschulischen politischen Jugendbildung zu dem Thema sein? Was willst du ändern? Welche Ideen hast du für ein Konzept?

Es sollte ein Konzept werden, so die Überlegungen am Anfang der Projektentwicklung, das junge Menschen zu einem kritischen Umgang mit den Inhalten im Netz befähigt, das nicht nur an die kognitiven Fähigkeiten der Jugendlichen anknüpft, um die Inhalte kritisch zu hinterfragen, sondern das auch die emotionale Ebene anspricht. Es sollten Methoden entwickelt werden, die am Alltag der Jugendlichen anknüpfen und die gerade jungen Menschen, die sich von den meist einfachen Aussagen in Hate Speech, Fake News und Verschwörungstheorien angesprochen fühlen könnten, für den Wahrheitsgehalt der im Internet verbreiteten Inhalte sensibilisieren.



Eine besondere Herausforderung war dabei, Antwort auf folgende Fragen zu finden: Wie können die Gruppen erreicht werden, die anfällig für Verallgemeinerungen und einfache Schuldzuweisungen sind? Die nicht an Fakten, sondern an einem Bauchgefühl, an "gefühlten Wahrheiten" interessiert sind? Die durch undifferenzierte Äußerungen die Diskussionen emotional aufheizen? Aber auch: Wie erreichen und begeistern wir gleichzeitig die Jugendlichen, die an Fakten und nachhaltigen Diskussionen interessiert sind?



Eine Antwort auf die Fragen: #denk_net

Der Konzeptname #denk_net kombiniert die Idee "nett zu denken" mit der Anspielung auf das Internet über den Hashtag und die Endung net. #denk_net basiert auf Empathie, auf Zuhören und der Akzeptanz der Vielfältigkeit von Individuen. Jugendliche im Alter von ca. 12 bis 16 Jahren werden im Projekt mit spielerischen Methoden und praktischen Hilfestellungen in ihrem Medienhandeln gestärkt und eine faire Umgangsweise wird in ihrem Lebensalltag verankert. Es werden nicht nur die kognitiven Fähigkeiten gefördert, sondern auch die Reflexionsfähigkeit und das Selbstvertrauen in das eigene Denken und Fühlen. Dabei werden die Lebenswelten der Jugendlichen - Schule, außerschulische Kontexte, digitale Handlungsräume, Schulhof- bzw. Cliquendiskussionen - eingebunden. Das Konzept ist ebenso für die Arbeit mit Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie Eltern geeignet. Die Gruppengröße liegt idealerweise bei 25 Personen. Mit verschiedenen #denk_net-Modulen, von denen einige hier kurz skizziert werden und die als Gesamtpaket oder auch einzeln eingesetzt werden können, entsteht eine lebendige Mischung aus Informationen, emotionalem Erleben, Diskutieren, Reflektieren:

In dem Modul "Hey, ich schwöre, das stand so im Netz" wird die Zielgruppe befähigt, Verschwörungstheorien als solche zu erkennen und zu dechiffrieren. Nach einem Input zu Verschwörungstheorien entwickeln die Teilnehmenden in kleinen Gruppen selbst eine Verschwörungstheorie mit der Aufforderung, sich emotional darauf einzulassen und die anderen dann davon zu überzeugen. Darüber und mit Hilfe einer gemeinsamen Reflexion lassen sich dahinterliegende Muster erkennen und wird deutlich, wie Verschwörungstheorien funktionieren.

Das Modul "Wahr oder Fake?" beschäftigt sich mit der Frage, welchen Inhalten die Jugendlichen im Internet Glauben schenken dürfen und wie sie erkennen, welche Inhalte seriös



sind. Mit Hilfe von Web-Tools wie z.B. "Hackasaurus" oder "Meme-Generator" kreieren sie vermeidlich seriöse Inhalte und liefern sich damit quasi selbst den Beweis, wie einfach es ist, Inhalte im Netz zu manipulieren.

Mittels "Gegenstrategien" entwickeln Jugendliche eigene Methoden, um auf Hassreden in Sozialen Netzwerken im Sinne des "Counter Speech" zu reagieren, stichhaltige Argumente zu entwickeln und die eigenen Grenzen auszuloten.

Die Grenzen von sogenanntem schwarzem Humor und die Stigmatisierungen, auf denen eine solche Art von "Witzen" aufbauen, werden in dem Modul "Schwarzer Humor" erarbeitet. Hier geht es dann auch immer um das eigene Verhalten in den Sozialen Netzwerken, z.B.: Welche Nachricht sollte vielleicht besser nicht unkritisch weitergeleitet werden?

Im Modul "Spürnasen" recherchieren, kategorisieren und dechiffrieren die Teilnehmenden Symbole, Wörter, Codes aus dem Bereich Hate Speech und Verschwörungstheorien und überprüfen einschlägige Internetseiten auf ihren Wahrheitsgehalt.

In den Workshops "Ist doch klar" und "Lügenpresse" diskutieren die Teilnehmenden die Wertigkeit und Rangfolge der Gesetze im Grundgesetz (§1 und §5 GG) sowie die Themen Meinungsfreiheit, Menschenrechte, Menschenwürde, Beleidigungen, Pressekodex etc. Es wird den Fragen nachgegangen, wie z. B. Journalistinnen und Journalisten mit Informationen umgehen, wie sie den Wahrheitsgehalt prüfen und auf Falschmeldungen reagieren. Dazu werden Journalistinnen und Journalisten eingeladen um mit den Jugendlichen zu diskutieren und ihnen Einblicke in die Praxis zu geben. Es geht aber für die Jugendlichen auch darum, die eigenen Regeln in der Klasse, im Freundeskreis oder in der Familie zu prüfen, inwieweit diese mit den Menschenrechten konform gehen.

Die Initiatoren des Projekts #denk_net orientieren sich nicht an einer Auffassung, die rassistische und diskriminierende Einstellungen lediglich am Rand der Gesellschaft ausmacht. Sie gehen vielmehr davon aus, dass rechte, ausgrenzende Einstellungsmuster bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen und dort reproduziert werden, wie auch durch repräsentative Studien zu rassistischen, antisemitischen und sexistischen Einstellungen in Deutschland belegt wird (vgl. Zick et al. 2016; Zick/Klein 2014; Decker et al. 2012; 2010). Diese dort untersuchten Einstellungen lassen sich auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Menschenverachtung zurückführen. Auch die wissenschaftlichen Ergebnisse rund um das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. z. B. Heitmeyer 2012) fließen in das Projekt ein.

Markus Gerstmann und Lisa Hempel



Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH

Lidice - mit diesem Namen wird ein Zeichen gesetzt: "Lidice" ist Mahnmal und Erinnerung an die Verbrechen faschistischer Herrschaft. "Erinnern für die Zukunft" bedeutet für die Jugendbildungsstätte, mit der Jugend- und Bildungsarbeit eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft zu fördern. Die Mitarbeitenden engagieren sich für die Stärkung von Demokratie und setzen sich für eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt ein. Sie ermutigen junge Menschen, sich mit ihrer Stimme in demokratischen Prozessen Gehör zu verschaffen und der Wirksamkeit des eigenen Handelns zu vertrauen.

Zur LidiceHaus gGmbH gehören die Jugendbildungsstätte LidiceHaus auf dem Stadtwerder und das ServiceBureau Jugendinformation mit eigenen Räumlichkeiten in der Bremer Innenstadt.

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH

Weg zum Krähenberg 33 A 28201 Bremen lidice@lidicehaus.de www.lidicehaus.de Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk – "Der Heiligenhof"

"Alles Leben ist Begegnung"

Demokratie und Zivilgesellschaft im internationalen Kontext

In den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas gibt es viele Menschen, die sich für eine funktionierende Zivilgesellschaft einsetzen, die Demokratie stärken und vor populistischen und nationalistischen Einflüssen schützen möchten. Gerade junge Menschen spielen dabei eine wichtige Rolle. Was können sie zur Stärkung der Demokratie im eigenen Land beitragen? Wie können sie dabei unterstützt werden? Was bedeutet ihnen die Demokratie? Was lässt sich aus der Geschichte lernen? Und welche Rolle spielt die europäische Integration für die Entwicklungen im eigenen Land?

Antworten auf diese Fragen zu finden, ist Ziel der Begegnungen zwischen Teilnehmenden aus Deutschland und Ostmittel- und Südosteuropa, die der Heiligenhof mit den Formaten der "Mitteleuropäischen Begegnung" für Studierende und der "Ost-West-Jugendakademie" für Schüler/innen realisiert. Er will mit diesen zentralen Bausteinen seiner Bildungsarbeit einen Beitrag zur demokratischen Entwicklung in östlichen Staaten Europas und zum Ausbau der transnationalen Kommunikation leisten und knüpft damit unmittelbar an die Gründungsgeschichte der Bildungsstätte an und an das Selbstverständnis, Motor für eine weitergehende europäische Integration sein zu wollen.

Mitteleuropäische Begegnungen

Die "Mitteleuropäischen Begegnungen" sind ein mittlerweile bewährtes Format, um Studierende aus Deutschland und

aus verschiedenen osteuropäischen Ländern zusammenzubringen. Bei den Begegnungen wird eine mindestens bi-nationale Zusammensetzung der Teilnehmenden angestrebt. Gemeinsam ist den Teilnehmenden, dass sie in den 1990er Jahren geboren wurden und somit keine aktive Erinnerung mehr an die Zeit des Kalten Krieges und die Teilung Europas haben. Die Referierenden sind hingegen deutlich älter, kommen entweder aus Osteuropa – meistens aus dem universitären Bereich – oder sind Deutsche, die sich beruflich mit Ostmittel- und Südosteuropa auseinandergesetzt bzw. längere Zeit dort gelebt und gearbeitet haben und damit Einblicke in die Gesellschaften bekamen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Begegnungen sind die europäische Integration und die Weiterentwicklung der europäischen Idee. Viele Teilnehmende sind zwar über Austauschprogramme, Veranstaltungen oder Sommeruniversitäten mit dem Thema Europa in Berührung gekommen,





aber sie haben sich zumeist nicht mit den Gründen für die Entwicklung der europäischen Integration beschäftigt. Die Ursachen für den Zusammenbruch des Kommunismus, den Zerfall des Ostblocks und die damit oftmals verbundenen sozialen Verwerfungen, sind der Mehrzahl der Studierenden nur aus Erzählungen in der Familie bekannt und dort nicht unbedingt nur mit positiven Assoziationen verbunden.

Diese Beobachtungen sind Ansporn dafür, die Studierenden mit den positiven Errungenschaften Europas, wie dem Streben nach Frieden, Freiheit, Sicherheit, Demokratie und Selbstverwirklichung vertraut zu machen und damit Verbindungen zur Gegenwart zu knüpfen: Warum haben die Menschen diesen Freiheitsdrang und den Wunsch nach Veränderung? Wie kann Veränderung positiv gestaltet werden?

Ein wichtiges Element dieser Begegnungen ist die Analyse der aktuellen politischen Lage, der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade die Studierenden aus Polen und Ungarn können dabei sehr gut vergleichen, wie sich die Situation Anfang der 1990er Jahre dargestellt hat und wo ihre Staaten heute stehen. In Teilen gilt dies auch für die Tschechische Republik und die Slowakei. Die Diskussion über die Einschränkung der Freiheitsrechte, über den staatlichen Einfluss auf die Justiz und die Medien sowie über die Ablehnung der Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen z. B. in Ungarn und Polen kann den Teilnehmenden verdeutlichen, an welcher Stelle sich ihr Land im gesamteuropäischen Kontext befindet und wo die besonderen Herausforderungen im Sinne der europäischen Integration liegen.

Die Teilnehmenden – so wird in all den Diskussionen deutlich – sind sehr an den politischen Prozessen und Entwicklungen interessiert. Sie lernen, die politische Situation und politischen Statements der Politiker/-innen im eigenen Land kritisch einzuschätzen und erfahren durch andere Teilnehmenden alternative Positionen, mit denen sie in ihr Land zurückkehren und neu entwickelte Ideen diskutieren und anstoßen können.

Ost-West-Jugendakademien

Die "Ost-West-Jugendakademien" wurden vor drei Jahren als neues Format für Schüler/-innen aus den westlichen und den östlichen Bundesländern sowie aus jeweils einem osteuropäischen Partnerland eingeführt. In diesen Veranstaltungen geht es um das Bewusstmachen der jahrhundertealten Verbindungen Deutschlands mit verschiedenen osteuropäischen Regionen und auch um die Verbindung dieser osteuropäischen Regionen untereinander.



Das Konzept ist entstanden, weil Schüler/-innen diese vielfältigen Verbindungen in politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht im Unterricht nicht oder nicht ausreichend behandeln. Die Lehrpläne sehen es schlicht nicht vor. Selbst eine Grenznähe bietet keine Gewährleistung dafür, dass diese Themen auf die Agenda der

Schule gelangen. Dies hat zur Folge, dass das Verständnis der Menschen füreinander oftmals zu wünschen übrig lässt.

Mit diesem Format konnte nun aber ein Rahmen für eine intensive Auseinandersetzung in bi-nationalen Gruppen etabliert werden. Im Fokus stehen teilnehmerzentrierte Methoden wie Rollen- und Planspiele, Gesprächszirkel, bei denen z.B. mit Karikaturen gearbeitet wird, Filmanalysen, medienzentrierte Recherchen und weitere partizipative Methoden. Die Teilnehmenden wirken aktiv an der Seminargestaltung mit. Und das Ergebnis motiviert: "In vier Tagen haben wir mehr an neuen geschichtlichen Informationen bekommen als sonst in zwei Jahren" – so ein Teilnehmender.

Wichtig sind die Bilder vom jeweils anderen Land, mit denen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Veranstaltungen kommen und die während der gemeinsamen Auseinandersetzung neu in den Köpfen entstehen. Während z.B. Jugendliche aus der Tschechischen Republik Deutschland zumeist als eine Nation mit einer großen Geschichte wahrnehmen, mit vielen bekannten Persönlichkeiten und einer effektiven Wirtschaft, beziehen sich die Eindrücke der Deutschen aus dem grenznahen Raum nicht selten lediglich auf das sonntägliche Einkaufen in Tschechien, auf die Besuche in Prag und auf das Wissen, dort leicht an Crystal Meth zu gelangen. An dieser Diskrepanz setzt die intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Wahrnehmung des jeweils anderen Landes und den damit verbundenen Bildern an: Wie sind sie entstanden? Was hat sie geprägt? Welche Konsequenzen haben diese oft sehr einseitigen Bilder für das Miteinander? Welche neuen Erzählungen und Bilder können entstehen?

Bei einer Veranstaltung waren einige tschechische Schüler/-innen sichtlich überrascht, dass auf den Gebieten der Tschechischen und der Slowakischen Republik nicht erst seit 1938 Deutsche siedelten, sondern diese dort bereits seit Jahrhunderten ansässig waren. Wissen über historische Entwicklungen und deren Auswirkungen bis in die heutige Zeit zu vermitteln, ist also ein zentrales Ziel, aber auch die sehr unterschiedlichen Ausrichtungen der Politik in Bezug auf die Europäische Union, auf Migrationsbewegungen und die Rolle und Kraft der Zivilgesellschaft werden diskutiert. Neben dem angestrebten Wissenszuwachs ist es das Ziel, den Jugendlichen Räume für den interkulturellen Dialog, die wertschätzende Wahrnehmung des Gegenübers, für das Knüpfen von Kontakten, ja vielleicht sogar von Freundschaften, zur Verfügung zu stellen.

Transnationale Bildung und Kommunikation ist – gerade für die jüngere Generation – wichtig, um die Vergangenheit besser verstehen und bewältigen sowie die Zivilgesellschaft von heute aktiv mitgestalten zu können. Wenn das mit diesen beiden länderübergreifenden Formaten ansatzweise gelingt, ist ein wichtiger Schritt für ein friedliches Miteinander getan.

Gustav Binder & Ulrich Rümenapp



Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk – "Der Heiligenhof"

"Der Heiligenhof" ist die Bildungsstätte der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk, ein Ort für internationale Tagungen, kulturelle Begegnungen und Freizeitveranstaltungen für Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland und ganz Europa. Es werden Seminare zur politischen Bildung, grenzüberschreitende Programme für Schüler/-innen und Studierende vorwiegend aus den Ländern Mittel- und Osteuropas realisiert. Das Sudetendeutsche Sozialwerk wurde 1952 gegründet, um den mittellosen Menschen nach Flucht und Vertreibung in einer neuen Umgebung Chancen der beruflichen Weiterbildung und zur Sicherung der eigenen, materiellen Existenz zu eröffnen.

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk – "Der Heiligenhof"

Alte Euerdorfer Str. 1 97688 Bad Kissingen info@heiligenhof.de www.heiligenhof.de



Soziale Bildung e.V.

CHANGING THE CHANGE

Gegen die Windmühlen anrennen oder kleine Inseln der Demokratie schaffen?

Siebzig Jugendliche aus verschiedenen Ländern, zehn Tage voll mit Musik, Theater, Medien, Kunst, jede Menge Spaß, ein fantastisches Gelände im Herzen der Mecklenburgischen Seenplatte – das ist das ART CAMP 2017 "CHANGING THE CHANGE. Challenges and pathways to sustainable development"!

Seit 2012 lädt der Verein Soziale Bildung e.V. im Sommer für zwei Wochen zu einem besonderen Versuchsraum, dem ART CAMP ein. Im ART CAMP geht es um das gemeinsame Erleben von Vielfalt, Toleranz und künstlerischer Freiheit mit Mitteln der politischen und kulturellen Bildung inmitten der beschaulichen Mecklenburgischen Seenplatte. Aus einer Theaterferienfreizeit für Jugendliche aus der unmittelbaren Umgebung hat sich das ART CAMP zu einer festen Größe in der Programmplanung des Trägers entwickelt. Am sechsten ART CAMP, das unter dem Titel "Changing the Change" stand, nahmen im August 2017 über 70 Jugendliche aus fünf europäischen Ländern teil.

Das ART CAMP ist ein schönes Beispiel für eine politische Jugendbildung, die das praktische Erleben von demokratischer Gemeinschaft mit inhaltlichen Lernzielen verbindet. In der Arbeit mit den Teilnehmenden ist auffallend, dass der "Raum", in dem die Bildungsarbeit stattfindet und Verände-

rungsprozesse initiiert werden sollen, sowie die Haltung der Bildner/-innen, oftmals prägender sind als die innovativsten Methoden. Angelehnt an ganzheitliche Konzepte von Lernen, die mit Hand, Kopf und Herz symbolisiert werden können, rücken Möglichkeiten, die das körperliche und affektiv-emotionale Lernen fördern, stärker in den Blickpunkt.

Das ART CAMP

Die Jugendlichen des diesjährigen Camps sind 14 bis 17 Jahre alt und kommen aus Frankreich, Spanien, Polen, Italien und Deutschland. Auch Gäste aus Syrien können begrüßt werden. Sie lernen sich kennen und finden Wege, sich – trotz Sprachbarrieren – zu verständigen. Sie erobern die Räume, die auf dem ehemaligen Militärflugplatz, dem sogenannten Kulturkosmos, weit und vielfältig sind. Sie finden sich in Gruppen, die sich für verschiedene Ausdrucksformen entscheiden:



Medien, Musik, Theater, Kunst. Sie gestalten gemeinsam ihre Abende und entdecken unbekannte Talente bei Karaoke, Open-Stage und dem Musizieren am abendlichen Lagerfeuer. Sie setzen sich mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und deren Folgen auseinander, mit Themen, die sie in ihrem Alltag bewegen, wie z. B. mit Freundschaft, Vertrauen, Selbstbestimmung und Freiheit, aber auch mit Krieg, Gewalt, Terrorismus, Umweltzerstörung und Sexismus. In interaktiven Workshops, in denen die Kreativität jedes Einzelnen gefragt ist, wird gemeinsam eine Performance erarbeitet, die am Ende der intensiven gemeinsamen Zeit vor einem Publikum präsentiert wird.

teile von über 40 % in Teilen des Bundeslandes sollten nicht nur Politiker/-innen zum Nachdenken bringen; auch für die politischen Bildner/-innen gibt es eine Vielzahl von Fragen, die sie sich in aller Ernsthaftigkeit stellen müssen: Was sind die Ursachen für den nun parlamentarisch fixierten Trend, nach einfachen und plakativen Antworten auf die vielfach komplexen Fragen der heutigen Gesellschaft zu suchen? Was können wir gegen den damit verbundenen Rassismus tun? Welche Konsequenzen müssen wir daraus für unsere Arbeit ziehen? Sollte das "Anrennen gegen die populistischen Windmühlen" mit Hilfe von breit gestreuten und alle mitnehmenden Bildungsangeboten weiterhin Aufgabe und Schwerpunkt der außerschulischen Jugendbildung sein oder sollten wir unsere Energie nicht vielmehr fokussieren und zum Beispiel in die Schaffung von kleinen und größeren "Inseln der demokratischen Glückseligkeit" richten?

Unter dem Eindruck der zurückliegenden Wahlen, einer fortschreitenden Krise der parlamentarischen Demokratie, der fehlenden Breitenwirkung von solidarischen und demokratischen Alternativen, der wachsenden Anforderung an die politische (Jugend-)Bildung und den damit einhergehenden Ansprüchen an die Arbeit als politischer Bildner/-in im ländlichen Raum, rückt die Reflexion der eigenen Arbeit und der Ideenfindung für die Zukunft zunehmend in den Mittelpunkt.



Der Hintergrund

Die rechtspopulistische "Alternative für Deutschland" (AfD) konnte bei den letzten beiden bedeutenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern (Landtagswahl 2016 und Bundestagswahl 2017) einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Erst- und Zweitstimmen für sich gewinnen. Stimmenan-

Vor diesem Hintergrund bekommt das ART CAMP – Dank der Förderung durch Erasmus+ Jugend für Europa – seine Bedeutung als eine große "Insel der Demokratie" von der aus die Jugendlichen gestärkt zurück in ihre Länder und ihren Alltag gehen.

Der (Bildungs-)Raum

Das Gelände, auf dem das ART CAMP stattfindet, ist ein alter Militärflugplatz, der eine bewegte Geschichte – von der Erbauung durch KZ-Häftlinge im Nationalsozialismus, über die weitere Nutzung durch das sowjetischen Militär – hinter sich hat, doch in den letzten 25 Jahren seine abschreckende und zerstörerische Wirkung verlor. Unter dem Namen "Kulturkosmos" (www.kulturkosmos.de) ist er zu einem überdimensionalen Kunst- und Kreativspielplatz für Menschen aus aller Welt geworden. Die alten Hangars sind zu aufwendig und individuell gestalteten Bühnen für Musik und Kultur transformiert worden. Gemeinsam mit neuen, utopisch aussehenden Bauten aus Holz oder Stahl wird fortwährend ein Rahmen geschaffen, der zum gemeinsamen Abtauchen in eine Fantasiewelt einlädt.

Sind andere Räume, in welchen Bildungsarbeit mit Jugendlichen normalerweise stattfindet, oftmals mit einer Vielzahl von Regeln und Verhaltensanweisungen verbunden, strahlt dieser Ort genau das Gegenteil aus. Der Ruf, sich den Ort anzueignen, ist überall zu hören. Kleine und große Geheimnisse möchten entdeckt werden und laden ein, selbst Akteur/-in der Veränderung (des Ortes) zu werden und den Ort in die Auseinandersetzung mit den Themen einzubeziehen. Dass der zur Verfügung stehende Raum ein nicht unerheblicher Faktor ist, können viele politische Bildner/-innen bestätigen: Nicht Normen und kommunizierte und/oder nicht-kommunizierte Regeln sollen den Raum bestimmen, die Teilnehmenden treten vielmehr aus ihren verschiedenen Rollen, z. B. als Schüler/-in, und den damit verbundenen Erfahrungen und Grenzen heraus und gestalten gemeinsam neue Rollen und Räume.

Die politischen Bildner/-innen sind Begleiter/-innen des Prozesses und helfen den Jugendlichen, alternative Ideen zum gesellschaftlichen Zusammenleben nicht nur utopisch zu denken, sondern auch erfahrbar zu machen. Die Fähigkeit, alternative Ideen zum gesellschaftlichen Zusammenleben für Jugendliche erfahrbar zu machen, hat den gleichen Stellenwert, wie pädagogischer und inhaltlicher Sachverstand. Ausgehend von den bisher gesammelten Erfahrungen in der Umsetzung des Projekts rücken Fragen der (räumlichen) Gestaltung der politischen Bildungsarbeit insgesamt und die persönliche Haltung als Bildner/-in stärker denn je in den Vordergrund. Positionen, wie sie u. a. 2015 in der "Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung" formuliert wurden (https://sozarb.h-da.de/ politische-jugendbildung/frankfurter-erklaerung), Aspekte der fächerübergreifenden Kooperation und die Frage, ob es Aufgabe der politischen (Jugend-)Bildung ist, gegen die Windmühlen des Populismus anzukämpfen, sollten daher leidenschaftlicher von den politischen Bildnerinnen und Bildnern diskutiert werden.

Martin Arndt



Soziale Bildung e. V.

Der basisdemokratisch organisierte Verein "Soziale Bildung e.V." in Rostock betreibt gemeinsam mit anderen Akteuren die freie Kultur- und Bildungsstätte "Peter-Weiss-Haus" im Herzen von Rostock. Der Verein ist in dem Bereich "Schul-, Jugendsozial- und Gemeinwesen" aktiv und setzt Projekte in den Bereichen Erinnerung, Demokratiebildung und Entwicklungspolitik um. Im AdB-Programm Politische Jugendbildung besetzt der Verein eine Jugendbildungsreferentenstelle im Arbeitsschwerpunkt "Erinnerung und Teilhabe".

Soziale Bildung e. V.

Doberaner Str. 21 18057 Rostock info@soziale-bildung.org www.soziale-bildung.org Vogelsang IP gGmbH

Bildkorrektur – Stereotype über Geflüchtete auseinandernehmen

Ein Workshop zur Bedeutung vom "Sprechen über ..."

Welche Stereotype sind in meinem Kopf, auch wenn ich versuche, alles richtig zu machen? Wie kann ich den Bildern in meinem Kopf auf die Spur kommen und sie kritisch beleuchten? Eine kritische Auseinandersetzung mit meinen eigenen Argumentationsweisen gegenüber Vorurteilen kann dabei helfen.

Kaum ein Thema hat in den letzten beiden Jahren mehr mediale Beachtung gefunden und stärker polarisiert als die Diskussion um einen angemessenen Umgang mit Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen. Der mediale und gesellschaftliche Diskurs war (und ist) dabei stark von rassistischen Stereotypen geprägt. Diesen Diskursen und den darin enthaltenen Bildern auf die Spur zu kommen und sie kritisch zu befragen, war das Ziel des Workshops "Bildkorrektur", der im Rahmen eines Bildungspartner-Tags der Akademie Vogelsang IP durchgeführt und von Jugendlichen und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren evaluiert wurde.

Der Bildungspartner-Tag ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung, bei der alle Schulen, die mit der Akademie Vogelsang IP kooperieren, vor Ort zusammenkommen

und sich gegenseitig ihre Arbeit zu historisch-politischen und aktuellen Themen präsentieren. Schüler/-innen, Lehrer/-innen und das Bildungsteam der Akademie sowie interessiertes Fachpublikum nutzen diesen Tag, um sich intensiv auszutauschen und zu vernetzen. Für die Akademie Vogelsang IP bietet sich bei der an diesem Tag vorhandenen Fülle an Expertise immer wieder die Chance, auch neu entwickelte Formate exklusiv mit kleinen Lerngruppen auszuprobieren. Zukünftige Teilnehmer/-innen werden somit in die Gestaltung der Formate eingebunden und geben ihr Feedback.

Wie entstand der Workshop "Bildkorrektur"?

Eines dieser neu entwickelten Formate ist der Workshop "Bildkorrektur – Stereotype über Geflüchtete auseinandernehmen". Er wurde auf einem Bildungspartner-Tag vorgestellt und von einer Kleingruppe – bestehend aus sechs Jugendlichen und zwei Lehrpersonen – evaluiert.



Konzipiert wurde der Workshop als ein Modul innerhalb des von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb finanzierten Modellprojekts "Dialog und Begegnung am Internationalen Platz Vogelsang IP", dessen Schwerpunkt es war, Bildungsangebote zu schaffen, die den Austausch und den Dialog unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure über den sehr weiten Themenkomplex "Flucht und Asyl" befördern sollten

Im Jahr 2015, im kurzen "Sommer der Bewegungsfreiheit", wurde auch in Deutschland das Phänomen Fluchtmigration sichtbar(er). Den Menschen, die sich bedingt durch Kriege, Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung auf den Weg gemacht hatten, ein besseres Leben zu suchen, begegnete ein Teil der Bevölkerung mit Unterstützung und Hilfe. Ein anderer Teil der Gesellschaft wählte den entgegengesetzten Weg und reagierte mit Ablehnung und rassistischen Stereotypen und Vorurteilen, die häufig in den Medien als "Ängste" bezeichnet wurden. Der Rekurs auf "Angst" vor "dem Fremden"





diente als Chiffre, ungefiltert Ressentiments und Hass zu verbreiten. Diskursiv wurde dabei einem vermeintlichen deutschen "Wir" ein (feindliches) "die Anderen" entgegengesetzt. In wöchentlichen Demonstrationen von Menschen artikulier(t)en sich Ablehnung und Hass. Redner/-innen und Plakate schworen eine vermeintliche "Islamisierung" eines imaginierten "Abendlandes" herbei. Rassistische Mobs randalierten vor Notunterkünften für Geflüchtete und wurden hierbei in den Medien häufig verkürzt als "besorgte Bürger/-innen" bezeichnet, ihre Motive auf "Bürgerängste" reduziert.

Diese offen geäußerten rassistischen Stereotype und Vorurteile blieben allerdings auch nicht unbeantwortet. Nahezu jede große Zeitung und viele Websites veröffentlichten seit dem Sommer 2015 z. B. Auflistungen wie "Fakten gegen Vorurteile", die ihre Leser/-innen aufklären und argumentativ unterstützen sollten. Auch eine Gruppe bekannter deutscher Zeichner/-innen tat sich im Herbst 2015 zusammen, "um die Top 15 der Besorgten-Bürger-Ängste zu illustrieren – und mit Fakten zu entkräften" (http://bildkorrektur.tumblr.com). Diese zeichnerischen "Bildkorrekturen" werden in dem Workshop einer Analyse unterzogen.

"Das hab ich auch schon oft gehört!" – Stereotype Aussagen und die Grundannahmen dahinter

Stereotype Vorurteile, wie sie in den Aufhängern der "Bildkorrektur"-Zeichnungen sichtbar gemacht werden, existieren bekanntlich nicht im luftleeren Raum sondern entste-

hen innerhalb gesellschaftlicher Interaktionen. Anders als Workshops, die eine konkrete argumentative Auseinandersetzung mit "Stammtischparolen" einüben möchten, widmet sich der Workshop "Bildkorrektur" vielmehr der Frage, welche – (un)ausgesprochenen – Annahmen, Bilder und Vorstellungswelten in rassistischen Aussagen aufgerufen, bedient und produziert werden. Ziel war es, (bestenfalls) diese zu erkennen und zu dekonstruieren. Für die konkrete Durchführung bedeutete dies, aus der "Vogelperspektive" den gesellschaftlichen Diskurs zum Thema Asylrecht und Geflüchtete in den Blick zu nehmen. Dabei werden die kollektiven Symboliken, die in den skizzierten "Bürgerängsten" und der gezeichneten "Bildkorrektur" der Künstler/-innen enthalten sind, einer genaueren Betrachtung unterzogen.

"Und wie soll das genau gehen?" – Zum Ablauf des Workshops

Der Workshop beginnt mit einem aktivierenden Einstieg, bei dem die Teilnehmenden Assoziationsketten zu Schlagworten des Diskurses über Geflüchtete bilden. Gemeinsam werden die entstandenen Wortketten analysiert und die Bedeutung von Bildern und Assoziationen beim Sprechen über Menschen und Sachverhalte herausgearbeitet. Im Anschluss untersuchen die Teilnehmenden dann einzelne gezeichnete "Bildkorrekturen". Dabei wird jeweils die Zeichnung wie auch der dazugehörige Text auf unterschiedliche Aspekte hin

befragt: Was sehe ich/was nicht? Wessen/welche Perspektive wird mir gezeigt? Wessen Perspektive fehlt? Was sagt mir der Text? Welche Aussagen sind in dem Text enthalten? Wer oder was wird als Problem dargestellt? Wer spricht? Wer kommt nicht zu Wort? Welche Vorannahmen (über Menschen und Situationen) kann ich aus Bild und Text herauslesen? Wie wirken Bild und Text zusammen?

Die Teilnehmenden präsentieren ihre Ergebnisse im Plenum und gehen dann im zweiten Schritt dazu über, die Bildpaare erneut mit einer erweiterten Fragestellung zu bearbeiten. Hierbei geht es darum herauszufinden, ob die Entgegnung auf die stereotype Aussage diese tatsächlich entkräftet oder ob sie eventuell auf der gleichen diskursiven Ebene bleibt und somit unterschwellig und entgegen der Intention der Künstler/-in die (rassistische/stereotype) Vorannahme vielleicht sogar bestärkt. Die Untersuchungsfragen lauteten:

- Was ist die Aussage der künstlerischen Erwiderung, der "Bildkorrektur"?
- Entkräftet sie die "Angst" oder spricht sie die gleiche Sprache?
- Auf welche Aspekte oder Fragen wird in der "Bildkorrektur" nicht eingegangen?

"Das hat mir schon was für solche Diskussionen gebracht" – Feedback der Teilnehmenden

Die Teilnehmenden waren überrascht festzustellen, dass einige der Zeichnungen tatsächlich (ungewollt) die im gesellschaftlichen Diskurs über geflüchtete Menschen präsenten stereotypen Grundannahmen wiederholten, statt sie zu dekonstruieren. Sie erörterten in einer vertiefenden Abschlussdiskussion, wie diese Fallstricke in der konkreten Argumentation gegen Vorurteile vermieden werden könnten. Als eine mögliche, gute Strategie stellte sich heraus, in einer solchen Diskussion dem Gegenüber eben jene verwendeten Forschungsfragen zu stellen.

Auf die inhaltliche Reflexion folgte die Evaluation des Workshops auf methodischer Ebene. Eine Teilnehmerin äußert, es habe ihr gefallen "Hinter solche Aussagen zu gucken" und ein anderer Teilnehmer bewertete den Aufbau des Workshops als zielführend, wünsche sich nur "mehr Zeit am Ende, um das Argumentieren und Fragen mehr zu üben". Zudem bewerteten besonders die jugendlichen Teilnehmenden es als sehr positiv, in die Erprobung des Workshops mit eingebunden zu werden. Die Akademie Vogelsang IP nimmt das durchweg konstruktive Feedback mit in die weitere Ausarbeitung und fühlt sich darin bestätigt, dass der Einbezug der Teilnehmenden für die Konzeption von Bildungsformaten ungemein wertvoll ist.

Jennifer Farber



Vogelsang IP gGmbH

Vogelsang IP hat sich seit 2006 zu einem "Internationalen Platz" für Toleranz, Vielfalt und ein friedliches Miteinander entwickelt. Durch die Geschichte der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang ist das vielfältige Gelände Mahnung und Herausforderung und spiegelt durch die militärische Nutzung nach dem Zweiten Weltkrieg zudem den Weg vom Kalten Krieg zum Europa von heute wider. Die Erfahrungen aus der Geschichte sind für den heutigen Lern- und Erinnerungsort Vogelsang IP Verpflichtung und Chance gleichermaßen. Wertschätzung, Dialog und Offenheit sind Haltungen, denen alle Einrichtungen am Standort verbunden sind: die Dauerausstellung der NS-Dokumentation Vogelsang, die Bildungsprogramme der Akademie Vogelsang IP, die Erlebnisausstellung des Nationalpark-Zentrums Eifel, das Tagungszentrum, der außerschulische Lernort.

Vogelsang IP gGmbH

Vogelsang 70 53937 Schleiden info@vogelsang-ip.de www.vogelsang-ip.de







Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

Welcome2Stay!

Die "Gesellschaft der Vielen" sichtbarmachen, ermutigen, vernetzen

Die Konferenz "Welcome2Stay!" bringt Menschen zusammen, die sich allein oder in Initiativen für Menschen, die neu nach Deutschland kommen, engagieren. Sie bekommen einen Raum, um ihre Fragen zu diskutieren, ihre Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben, sichtbar zu werden und anderen Mut zu machen, sich ebenso für ein gutes Zusammenleben in einer Gesellschaft der Vielfalt einzusetzen.

Seit sich 2015 Hunderttausende einen Korridor durch Europa erkämpften und das europäische Grenzregime temporär außer Kraft setzten, kann eine grundlegende Veränderung und Dynamisierung der deutschen Gesellschaft beobachtet werden: Auf der einen Seite erneuert sich die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe und wird durch viele Willkommensinitiativen und solidarische Netzwerke zum Leben erweckt, auf der anderen Seite kann ein vehementer und lauter Rechtsruck beobachtet werden, der die Atmosphäre im Land vergiftet; auf der einen Seite wurde den Neuangekommenen

geholfen, hierzulande – auch dauerhaft – Fuß zu fassen, auf der anderen Seite konfrontiert der kometengleiche Aufstieg einer neuen Partei am äußersten rechten Rand die Menschen mit emanzipatorischem, menschenrechtlich orientiertem Anspruch vollends mit gigantischen Herausforderungen.

Die Konferenz "Welcome2Stay!", die "Zusammenkunft der Bewegungen des Willkommens, der Migration, der Solidarität und des Antirassismus", so die Initiatoren, ist eine Antwort auf diese Herausforderungen, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) im Bündnis mit der Fraktion DIE LINKE,

mit Attac, der Interventionistischen Linken, mit dem Komitee für Menschenrechte und dem Republikanischen Anwaltsverein gegeben hat: Sie organisierten gemeinsam eine große Zusammenkunft der vielen Aktivistinnen, Aktivisten und Initiativen der Willkommenskultur. Erklärtes Ziel war es, den verstreuten, unverbundenen Geschichten und Ereignissen von Solidarität eine Bühne zu geben, auf der die Menschen sich versammeln, sichtbar werden, sich politisch konstituie-

rangen: "Das Jahrhundert der Migration – Flucht, Grenzen, die »Willkommenskultur« und der Rechtsruck in Europa", "Refugees welcome – Autonomie der Migration und Bewegung des Willkommens" und "In welcher Gesellschaft wollen wir leben? – Vom Willkommen zum Bleiben" – waren die Panel-Titel. Vertreter/-innen eines breiten politischen Spektrums kamen miteinander ins Gespräch und konnten die Vielfalt der Perspektiven produktiv nutzbar machen.







ren und gehört werden. Es wurden die unterschiedlichsten Akteure angesprochen, um das große Spektrum sogenannter Willkommenskultur sichtbar zu machen und die Menschen miteinander auf Augenhöhe in Kontakt zu bringen.

Im Juni 2016 war es soweit: Nach intensiven Vorbereitungen trafen sich ca. 800 Menschen drei Tage lang in der alten Messe Leipzig, lernten sich kennen, stellten ihre Arbeit vor, diskutierten, vernetzten und verabredeten sich. Vertreter/-innen von Geflüchteten-Selbstorganisationen trafen auf Bundestagsabgeordnete, Gewerkschaftler/-innen diskutierten mit Rassismusforscherinnen und -forschern, Bewegungslinke begegneten migrantischen Verbänden.

Die 40 Workshops gaben einen Eindruck von der Vielfältigkeit der Kämpfe um eine gerechte "Gesellschaft der Vielen". Dort ging es um Fluchtursachen und Fluchtrouten, um transnationale Solidaritätsbewegungen und die Autonomie der Migration, um die Kämpfe queerer Refugees ebenso wie um die Frage nach gutem Wohnen, um Gesundheitspolitik und kommunale Sozialpolitik, um Strategien gegen rechts und Politiken der Repräsentation, um interkulturelles Wissen und aktuelle politische Kampagnen.

Strukturiert wurden die Workshop-Phasen von drei zentralen Panels, auf denen Vertreter/-innen von politischen Initiativen, sozialen Verbänden und Institutionen eine Bestandsaufnahme und Analyse vornahmen und um eine Vision

In einem Filmprogramm wurden Kurzfilme zum Thema Grenzen gezeigt, aber auch Dokumentarfilme, wie etwa zum NSU-Komplex. Eine Lesung aus dem Buch "Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern" von Christian Jakob (2016 im Ch. Links-Verlag erschienen) vermittelte einen Eindruck von der literarischen Verarbeitung der Kämpfe der Geflüchteten. Am Abend konnten die Besucher/-innen ihre Eindrücke beim gemeinsamen Fastenbrechen teilen, das zusammen mit einer angrenzenden Sammelunterkunft für Geflüchtete abgehalten wurde.

Aus diesen drei intensiven Tagen sind viele Impulse entstanden, die die Teilnehmenden an ihre Orte mitnahmen und die dort bis heute weiterwirken können. Welcome2Stay hat sich als eine Plattform verstetigt, die die Vernetzung unterschiedlicher Akteure weiterhin organisiert und gemeinsame politische Interventionen plant. Auf den Seiten von www. welcome2stay.org und auf der Facebookseite www.facebook.com/w2stay wird zu Veranstaltungen eingeladen, zu internationalen Aktionstagen aufgerufen und sind verschiedene Videobeiträge abrufbar.

Der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es zusammen mit den weiteren Akteuren gelungen, sich aus der anfänglichen kollektiven Schockstarre, ausgelöst durch die politische Eskalation im Zuge der Ankunft von hunderttausenden Geflüchteten und die damit korrelierenden Wahlergebnisse der

AfD, zu befreien und dieser Starre etwas entgegenzusetzen. Die Konferenz "Welcome2Stay!" in 2016 und die im Frühjahr 2017 folgenden bundesweiten Aktionstage unter dem Motto "Für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben! Gleiche soziale Rechte für alle!" waren dafür wichtige und nachhaltige Impulse für die Arbeit der Stiftung.

Eine daraus entstandene Initiative ist z.B. das durch die RLS Sachsen-Anhalt entwickelte Fortbildungsangebot "Argu-





mentieren gegen Stammtischparolen", mit dessen Hilfe rassistischen, populistischen oder völkischen Statements Paroli geboten werden kann und das zudem hilft, die Gesprächssituationen einzuschätzen und die Menschen zu erkennen, die in ihren Positionen widersprüchlich sind, sich (noch) nicht festgelegt haben und damit für Argumente (noch) erreichbar sind. Anregungen für die weitere Arbeit geben auch die bundesweite Kampagne "Aufstehen gegen Rassismus", getragen u.a. von den Parteijungendverbänden der Linken, Grünen und Sozialdemokraten, die mit ihrem Format "Stammtischkämpfer_innen-Ausbildung" ein ungewöhnliche breites Echo ausgelöst hat.

In die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichten Handreichung "Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen rechts!" sind all diese Erfahrungen eingeflossen (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/ Broschure_A6_Rechtspopulismus.pdf). Ziel bei allen Initiativen ist es, sich nicht nur an den politischen Gegnerinnen und Gegnern abzuarbeiten, sondern vor allem die eigene Klientel in ihrem politisch linken Handeln zu bestärken. Gegenwehr ist so dringend wie schon lange nicht und eine entscheidende Herausforderung für die politische Bildung der kommenden Jahre.

Friedrich Burschel und Massimo Perinelli

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Rosa Luxemburg Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Die Rosa Luxemburg Stiftung ist eine der sechs parteinahen politischen Stiftungen – 1992 von der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), heute DIE LINKE, als parteinahe, bundesweit tätige Stiftung anerkannt. Sie kooperiert im Rahmen eines Stiftungsverbundes eng mit den ihr nahestehenden Landesstiftungen und Vereinen in allen Bundesländern. Ihre Aufgaben reichen von Politischer Bildung, der Organisierung politisch-strategischer Debatten, der Entwicklung von demokratischsozialistischen Gesellschaftsalternativen in Deutschland wie auch international bis hin zur Förderung des akademischen Nachwuchses durch Stipendien.

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e. V.
Akademie für politische Bildung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

Literaturauswahl zum Thema und zitierte Quellen:1

AfD (2016): AfD-Grundsatzprogramm 2016. Programm für Deutschland. Webversion; www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017. Programm für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017

Amnesty International (2016a): Vier Jahre "Agentengesetz" in Russland; www.amnesty.de/2016/11/18/vier-jahre-agentengesetz-russland-denpreis-zahlt-die-gesellschaft

Amnesty International (2016b): Agents of the people: Four years of 'foreign agents' law in Russia: Consequences for the Society; www.amnestyusa.org/reports/agents-of-the-people-four-years-of-foreign-agents-law-in-russia

Aristoteles (1995): Politik. Aristoteles Philosophisches Schriften in sechs Bänden: Band 4, übersetzt von Eugen Rolfes. Hamburg: Felix Meiner Verlag

Aslanidis, Paris (2016): Is Populism an Ideology? A Refutation and a New Perspective. In: Political Studies 64 (1), pp. 88–104

Asseburg, Muriel (2017): Shrinking Spaces in Israel. SWP Aktuell; www.swp-berlin.org/publikation/israel-verengung-demokratischer-spielraeume

Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Heft 5-6/2012: Populismus

Bebnowski, David (2015): Die Alternative für Deutschland. Wiesbaden: Springer VS

Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Jasmin, Siri (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? In: German Politics 24 (2), pp. 154–178

Betz, Hans-Georg (2002): Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 251–264

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin: K. Wagenbach

Borstel, Dierk (2016): Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie? In: GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 2/2016, S. 163–169

Brown, Wendy (2011): "We are all democracts now …". In: Agamben, Giorgio et al. (Eds.): Democracy in What State? New York: Columbia University Press, pp. 44–57

Brown, Wendy (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen in der Demokratietheorie. In: Leviathan 31, S. 470–495

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.) (2016): Themenheft Rechtspopulismus. Berlin; http://courageshop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/55/themenheft-rechtspopulismus

Carothers, Thomas (2015): The closing Space Challenge – How are Funders responding? Carnegie Endowment for international Peace; http://carnegieendowment.org/2015/11/02/closing-space-challenge-how-are-funders-responding-pub-61808

Carothers, Thomas/Young, Richard (2015): The Complexities of Global Protests. Carnegie Endowment for International Peace; http://carnegieendowment.org/2015/10/08/complexities-of-global-protests-pub-61537

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Decker, Frank (2000): Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in Westeuropa. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften

Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden: Nomos

Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2012): Die rechtspopulistische Parteienfamilie. In: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen: Barbara Budrich, S. 268–281

Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: Zeitschrift für Politik 64 (1), S. 1–21

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: Dietz Verlag

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Bonn: Dietz Verlag

Diehl, Paula (2016): Einfach, emotional, dramatisch. Warum Rechtspopulisten so viel Anklang in den Massenmedien finden. In: Die politische Meinung, Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 78–83

Forschungsgruppe Wahlen (2017): Politbarometer September-III 2017, aktueller Newsletter vom 15.09.2017. Mannheim; www.forschungsgruppe.de

Franzmann, Simon T. (2014): Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. In: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 20, S. 115–124

Franzmann, Simon T. (2016a): Von AfD zu ALFA: Die Entwicklung zur Spaltung. In: Mitteilung des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 22, S. 23–37

Franzmann, Simon T. (2016b): Calling the Ghost of Populism: The AfD's Strategic and Tactical Agendas until the EP Election 2014. In: German Politics, 25(4), pp. 457–479

Freeden, Michael (1998): Is Nationalism a Distinct Ideology? In: Political Studies, 46(4), pp. 748–765

Gensing, Patrick (2016): Neue Rechte, Rechtspopulismus und die Flüchtlingseinwanderung: Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 35–57

Global Witness (2017): Defenders of the Earth; www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/defenders-earth

Grabow, Karsten (2016): Das Volk, des Volkes, dem Volk. Merkmale und Trends zum Begriff des Populismus. In: Die politische Meinung, Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 23–27

Guérot, Ulrike (2016): Das Versagen der politischen Mitte. Die EU und der Aufstieg des Rechtspopulismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2016, S. 59–67

Habermas, Jürgen: (2016): Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht. Interview mit Jürgen Habermas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2016, S. 35–42

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2012): Demokratie. Wofür wir kämpfen. Frankfurt am Main/New York; Auszug: www.cicero.de/salon/hardt-negridie-repraesentative-demokratie-gibt-es-nicht/53752

¹ Zugriff auf alle in dieser Publikation benannten Internetquellen: 01.11.2017

Hartleb, Florian (2017): Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Eine 10-jährige Langzeituntersuchung mit einer jährlichen Bevölkerungsumfrage zur Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen; www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_ Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf

ICNL – International Journal of Not-for-Profit Law (2016): Survey of Trends Affecting Civic Space: 2015–16; Vol. 7, Iss. 4; www.icnl.org/research/trends/trends7-4.pdf?pdf=trends7-

ILGA (2015): State Sponsored Homophobia; http://ilga.org/downloads/ILGA_State_Sponsored_Homophobia_2015.pdf

ILGA Europe (2015): Promoting and Enabling Civil Society Environment; www.ilga-europe.org/sites/default/files/final_paper_-cso_s_enabling_environment_-charhon_consultants_23_january_2015_-final.pdf

infratest dimap (2017): ARD-DeutschlandTrend September II 2017 vom 14.09.2017; www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2017/september-ii

Jesse, Eckhard (2016): Sorglose Begriffswahl. Nicht jeder Extremismus ist populistisch, nicht jeder Populismus extremistisch. In: Die politische Meinung, Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 84–93

Jörke, Dirk (2010): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 20/2010, S. 269–290

Kaleck, Wolfgang/Rau, Simon (2016): Autoritäre Repression unter dem Vorwand der Souveränität; www.boell.de/de/2016/09/13/autoritaere-repression-unter-dem-vorwand-der-souveraenitaet?utm_campaign=ds_shrinking_de

Kaltwasser, Cristóbal R. (2012): The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy. In: Democraticzation 19 (2), pp. 184–208

Kaltwasser, Cristóbal R. (2014): The Responses of Populism to Dahl's Democratic Dilemmas. In: Political Studies 62 (3), pp. 470–487

Kaspar, Kai/Gräßer, Lars/Riffi, Aycha (Hrsg.) (2017): Online Hate Speech. Perspektiven auf eine neue Form des Hasses. Schriftenreihe zur digitalen Gesellschaft NRW, Band 4. München: kopaed

Kokot, Michał (2014): Orbán macht den Putin; www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/viktor-orban-ungarn-demokratie

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) (Hrsg.) (2017): Zeitschrift Bürger & Staat, Ausgabe 1/2017, Schwerpunkt Rechtspopulismus

Lewandowsky, Marcel (2015): Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 25(1), S. 119–134

Library of Congress (2014): Laws on Homosexuality in African Nations; www.loc.gov/law/help/criminal-laws-on-homosexuality/african-nations-laws.php

Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: APuZ 40–42/2016

Mouffe, Chantal (2008): Das demokratische Paradox. Wien: Turia + Kant

Mouffe, Chantal (2015): Für einen linken Populismus. Unsere Gegner sind nicht Migranten, sondern die politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus; www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, 39(4), pp. 542–563

Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal R. (2013): Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America. In: Government and Opposition, 48(2), pp. 147–174

Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal R. (2017): Populism. A very short introduction. Oxford: University Press

Müller, Jan-Werner (2016): Die Menschenfänger. Populisten verkaufen uns simple Realitäten und klare Zugehörigkeiten. Über die Folgen einer neuen Identitätspolitik. In: Kulturaustausch, IV/16, S. 46–47

Müller, Jan-Werner (2016): Was heißt: Populismus an der Macht? In: Osteuropa, 66. Jg., 1–2/2016, S. 5–17

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp

Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS

Preuß, Madler/van de Wetering, Denis/Zick, Andreas (2014): Rechtspopulismus in Niedersachsen und Bremen: Eine Analyse der Agitation und Verbreitung rechtspopulistischer Orientierungen in der Bevölkerung. Working Paper Series des IKG. Vol 1. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Priester, Karin (2016): Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 533–560

Rehberg, Karl-Siegbert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hrsg.) (2016): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Analysen im Überblick. Bielefeld: transcript Verlag

Reporter ohne Grenzen (2017): Freedom of the Press World Wide Report; www.reporter-ohne-grenzen.de

Ruth, Saskia P. (2017): Populism and the Erosion of Horizontal Accountability in Latin America, Political Studies (im Erscheinen, online vorab unter doi: 10.1177/0032321717723511 verfügbar)

Schröder, Achim (2017): Demokratie in der Krise oder Zeitenwende? Repräsentation, soziale Ungleichheit und Emotionen in der Politik. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, 1/17, S. 51–56

Siegert, Jens (2017): Russische Zivilgesellschaft – vom Kopf auf die Füße; http://russland.boellblog.org/2017/07/07/russische-zivilgesellschaft-vomkopf-auf-die-fuesse

Speit, Andreas (2017): Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10033, Bonn: bpb

Thaa, Winfried (2008): Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation. Vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung politischer Freiheit. In: PVS 49, S. 618–640

Thaa, Winfried (2015): Die Krise demokratischer Repräsentation als Krise ihrer konfigurativen Funktion. Heinrich Böll Stiftung. Stiftungsverbund, Policy Paper No. 10

Vetter, Angelika/Geyer, Saskia/Eith, Ulrich (2015): Die wahrgenommenen Wirkungen von Bürgerbeteiligung. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014. Studien zu Demokratie und Partizipation. Wiesbaden, S. 223–342

Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien: Edition Konturen

Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz Verlag

Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2015): Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland; hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen. Bonn: Dietz Verlag

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz Verlag

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.



Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) ist eine Fachorganisation der politischen Bildung, die ihren Mitgliedern Erfahrungsaustausch, Qualifizierung und gemeinsame Interessenvertretung bietet. Er repräsentiert ein pluralistisches Spektrum voneinander unabhängiger Bildungseinrichtungen, die sich trotz unterschiedlicher Bildungsangebote und Betriebsformen einig wissen in dem gemeinsamen Ziel, mit ihrer Bildungsarbeit zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Demokratie beizutragen und Menschen für gesellschaftliches und politisches Engagement zu motivieren und zu befähigen. Demokratie soll dabei nicht nur gelehrt und gelernt, sondern auch im Alltag gelebt werden.

Im Arbeitskreis wirken Jugendbildungsstätten und Jugendhöfe, Akademien, Internationale Begegnungsstätten, Heimvolkshochschulen, Europahäuser, Fortbildungswerke, Bildungseinrichtungen der parteinahen Stiftungen und weitere Bildungsinitiativen mit.

Auf der Homepage sind unter der Internetadresse www.adb.de aktuelle Nachrichten über die Aktivitäten des AdB und Informationen über den Verband abrufbar.

Die Mitgliedseinrichtungen des AdB

Baden-Württemberg

Internationales Forum
Burg Liebenzell e.V.
www.internationalesforum.de

Landesakademie für Jugendbildung Jugendbildungsstätte Johannes Kepler www.jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V. www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte Gesellschaft für Politische Bildung e.V. www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung www.apb-tutzing.de

Europäische Akademie Bayern e. V. www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e.V. www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. www.vollmar-akademie.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V. www.guez-dokumente.org

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. www.hss.de

Institut für Jugendarbeit www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell www.kritische-akademie.de

Max Mannheimer Haus Studienzentrum und Internationales Jugendgästehaus www.mmsz-dachau.de

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk "Der Heiligenhof" www.heiligenhof.de

Berlin

Alte Feuerwache e.V. Jugendbildungsstätte Kaubstraße www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum e.V. www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e.V. www.eab-berlin.eu

OWEN

Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e V

www.owen-berlin.de

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg www.sfbb.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM www.wannseeforum.de

Brandenburg

HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg www.hochdrei.org

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V. www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e.V.*) www.blossin.de

Mostar Friedensprojekt e.V. www.mostar-friedensprojekt.de Schloß Trebnitz – Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.

www.schloss-trebnitz.de

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz www.stiftunggollwitz.de

Villa Fohrde e.V. www.villa-fohrde.de

Bremen

Bildungsstätte der Wirtschaftsund Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH www.bildungsstaettebadzwischenahn.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH www.wisoak.de

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH www.lidicehaus.de

Hamburg

dock europe e.V. www.dock-europe.net

HAUS RISSEN – Institut für internationale Politik und Wirtschaft Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e.V. www.hausrissen.org

Hessen

basa e.V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e.V. www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK Akademie für berufliche und musischkulturelle Weiterbildung www.burg-fuersteneck.de

Die Kopiloten e.V. – Politische Bildung im kommunalen Raum www.diekopiloten.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie Schwerin e.V. Haus für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern www.akademie-schwerin.de Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm Volksbund Deutsche Kriegsgräber fürsorge e.V.

www.jbs-golm.de

Politische Memoriale e.V. www.polmem-mv.de

Soziale Bildung e.V. www.soziale-bildung.org

Niedersachsen

ABC Bildungs-und Tagungszentrum e.V.

www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V. www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e.V. www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin – Heimvolkshochschule Goslar e.V. www.bildungshaus-zeppelin.de

Bildungsstätte Bredbeck Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz

www.bredbeck.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V. www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar- und Tagungshaus*) www.freudenburg-bassum.de

Volkshochschule des Landkreises Diepholz

www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e.V.

www.europahaus-aurich.de

Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt e. V. www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V. Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e.V. www.hoeb.de Internationales Haus Sonnenberg Sonnenberg-Kreis e.V.

www.sonnenberg-international.de

Jugendkulturarbeit e.V. www.jugendkulturarbeit.eu

Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e.V.

www.mariaspring.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.

www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen www.waldschloesschen.org

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggesee gGmbH www.akademie-biggesee.de

aktuelles forum e.V. www.aktuelles-forum.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V. www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.

www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden Neue Gesellschaft Niederrhein e.V. www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie www.dbbakademie.de

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V. www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. www.gesw.de

Gustav-Stresemann-Institut e.V. www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e.V. www.haus-neuland.de

IKAB-Bildungswerk e.V. IKAB e.V. – Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum (IBZ) – Schloss Gimborn e. V. www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. www.jakobkaiser.de

Jugendbildungsstätte Welper Freizeitwerk Welper e.V. www.freizeitwerk-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e.V. www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

www.lwl-bildungszentrum-jugendhofvlotho.de

Salvador-Allende-Haus Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V.

www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e.V. www.staette.de

Akademie Vogelsang IP c/o Vogelsang IP gGmbH www.vogelsang-ip.de

Waldritter e.V. www.waldritter.org

Willi-Eichler-Bildungswerk Willi-Eichler-Akademie e.V. www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

Europa-Haus Marienberg www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH

www.eao-otzenhausen.de

Sachsen

Brücke/Most-Stiftung www.bmst.eu

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V. www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA gGmbH – Soziokultur im Dreiländereck Tagungshaus im Dreieck www.hillerschevilla.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. www.heinemann-bildungsstaette.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e.V. Jugendbildungsstätte Hütten www.bildungswerk-blitz.de

Stiftung "Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar" www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie Verein für Bildung e.V. www.weimar-jena-akademie.de

Mitgliedsorganisationen Einrichtungen in mehreren Bundesländern

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. AWO Bundesakademie www.awo-bundesakademie.org

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Politische Akademie Bonn
www.fes.de/pa
www.netzwerk-politische-bildung.de

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung in NRW www.fes-arbeitnehmerweiterbildung.de

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Regionalbüro Berlin-Brandenburg/ Hauptstadtbüro www.freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie www.freiheit.org/location/theodor-heuss-akademie

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V. www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste ijgd-Bundesverein e.V. www.ijgd.de

Internationaler Bund (IB)
Freier Träger der Jugend-, Sozial- und
Bildungsarbeit e.V.
www.internationaler-bund.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Bereich Politische Bildung www.kas.de

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e.V. www.pb-paritaet.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Akademie für politische Bildung www.rosalux.de

^{*)} assoziierte Mitgliedseinrichtungen

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00 Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de www.adb.de

Verantwortlich: Ina Bielenberg

Redaktion:

Dr. Friedrun Erben

Layout, Satz und Druck: Willius Design, Berlin

Bildnachweis:

Archiv des AdB:

S. 3, S. 4, S. 6, S. 9–11

Von beteiligten Mitgliedseinrichtungen:

Akademie Vogelsang IP: S. 36 (Jannik Scholtes), S. 38 (Roman Hövel)

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.: Titel, S. 24–26

Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH: Titel, S. 5, S. 27–29

Soziale Bildung e.V.: S. 4, S. 5, S. 33–35

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk – "Der Heiligenhof": S. 30–32

Aus Bilddatenbanken und weiteren externen Quellen:

Bettina Keller:

fbergman/photocase.de: Titel, S. 19

Initiativkreis Welcome2Stay: S. 39–41

Jörg Farys (CC BY-SA 2.0): S. 21

Saimen/photocase.com: Umschlag hinten

Verdi, Zeichner: FÖRM, bildkorrektur.tumblr.com: S. 37





Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)

Mühlendamm 3 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00 Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de www.adb.de